

## Voraussetzungen und Wesenszüge des Stalinismus als gesellschaftliches und ideologisches Phänomen<sup>1</sup>

Eine Skizze

### I.

Die Beantwortung der Frage „Was ist Stalinismus“ ist heute – nach dem Zerfallsprozeß des „realen Sozialismus“ sowie seiner zahlreichen, oftmals gegensätzlichen (Miß-) Deutungen – für die Identitätsgewinnung und zukünftige Orientierung der geschrumpften und sich erneuernden marxistischen Bewegung von herausragender Bedeutung. Wurzelt der Stalinismus in den Ideen von Marx, Engels und Lenin und ist seinem Wesen nach nichts anderes als deren konsequente Systematisierung und Anwendung unter konkret-historischen Bedingungen? Oder aber ist der Stalinismus als geistig-moralische und gesellschaftsstrategische Negation der wissenschaftlichen und humanistischen Fundamente des Marxismus anzusehen? Stalinismus = Evolution des Marxismus oder Stalinismus = Liquidation des Marxismus? Von der Antwort wird entscheidend die zukünftige Lebensfähigkeit des kritisch-revolutionären Marxismus als wissenschaftliche Theorie und als „praktisch-kritische“ Bewegung abhängen.

Eine Antwort auf diese Frage wird man aber schwerlich finden, wenn man vordergründig die bisweilen unscharfe Verwendung des Stalinismusbegriffs bekrittelt bzw. die Binsenwahrheit wiederholt, daß es bis heute keine allgemein anerkannte „Stalinismus“-Definition gibt. Dabei bleiben nämlich folgende entscheidenden Aspekte ausgeblendet:

1) Die Verwendung des Terminus „Stalinismus“ wurde bis in die jüngste Vergangenheit in der kommunistischen Bewegung ebenso verpönt und ausgegrenzt, wie eine umfassende Analyse des damit bezeichneten Phänomens tabuisiert wurde. Es handelt sich folglich in erster Linie um eine selbstverschuldete „Verwirrung“.

2) Es wird so getan, als gäbe es nicht schon seit längerer Zeit beachtliche wissenschaftliche Stalinismusanalysen auf marxistischer Grundlage. So z. B. die Arbeiten von Georg Lukács (Sozialismus und Demokratisierung), Leo Kofler (Stalinismus und Bürokratie) und Werner Hofmann (Stalinismus und Antikommunismus) sowie die Stalin-Biographie von Isaac Deutscher.

Eine kritisch-materialistische Analyse und Bewertung des Stalinismus hat von vornherein folgende erkenntnishemmenden Vor-Urteile in Rechnung zu stellen:

1) *Die Leugnung des Stalinismus als real-eigenständiges Phänomen und damit die Ablehnung/Verketzerung des Begriffs „Stalinismus“.* Typisch hierfür ist folgende orthodox-kommunistische Position, die als richtungsweisende Denknorm auch heute noch nachwirkt: „Wenn man seine (Stalins, H. K.) theoretischen Arbeiten nüchtern prüft, so kann man sicherlich Vereinfachungen, auch manche Dogmatisierung der Theorie von Marx, Engels und Lenin feststellen, mehr noch freilich wird man mit seinem Wirken auch wichtige Beiträge zur Bereicherung bestimmter Seiten dieser Theorie finden, aber einen eigenen ‚Stalin-Ismus‘ gibt es nicht. Im Ganzen gesehen ist das theoretische Wirken Stalins als marxistisch-leninistisch einzuschätzen“ (Steigerwald). Diese orthodox-kommunistische „Rehabilitierung“ Stalins als „bereichernder“ Marxist-Leninist „bedient“ wie-

<sup>1</sup> Erstveröffentlichung: EDITION KRITISCHER MARXISMUS BAND 1. Studien des Arbeitskreises kritischer MarxistInnen – Schriftenreihe. Beiträge zur Stalinismus-Diskussion. Hrsg.: Arbeitskreis kritischer MarxistInnen. Berlin/Osnabrück 1997. S. 21-62.

derum die bürgerlich-konservative Gleichsetzung von Sozialismus = Marxismus/Leninismus = Stalinismus. Insbesondere die formale (pseudo)marxistische Artikulation Stalins und seiner Gefolgschaft, die von den orthodoxen Kommunisten wie den bürgerlichen Konservativen für bare Münze genommen wird, dient der „modernen“ Marxismus-Kritik als willkommener Vorwand, eine geistig-praktische Kontinuitätslinie zwischen Marx, Engels, Lenin und Stalin zu behaupten; was einem späten Triumph der Stalinschen Selbstbeweihräucherung gleichkommt. So behauptete der ehemalige sozial-liberale Souffleur Gorbatschows, W. Daschtschew, in einer Talkshow am 27.01.1991 mit lapidarer Arroganz, daß die (nicht näher bezeichneten) sowjetischen Politikwissenschaftler zu dem Schluß gekommen seien, daß zwischen Lenin und Stalin kein Unterschied existiere.

2) *Die Deformierung des Stalinismus-Begriffs zu einer emotionsbeladenen, rein assoziativen Etikettierung*, die jeder unerfreulichen Erscheinung in den ehemaligen „realsozialistischen“ Ländern undifferenziert angeheftet wird und einem begreifenden Reflektieren kontraproduktiv entgegensteht. Diese semantische Aushöhlung des Stalinismus-Begriffs dient dann wiederum anderen als Alibigrundlage dafür, die theoretische und praktische Durchdringung von „realem Sozialismus“ und Stalinismus in Abrede zu stellen bzw. relativierend zu verdunkeln. Wer den Stalinismus-Begriff verwendet, gerät sofort in den Verdacht des Populismus, der Voreingenommenheit und des Antikommunismus.

3) *Die reduktionistische Ausdünnung des Stalinismus-Begriffs* in Verbindung mit einer nachhaltigen *Verharmlosung der schädlichen Auswirkungen der Tätigkeit Stalins und seiner Gefolgschaft*. So wird „Stalinismus“ in der geistigen Tradition des XX. Parteitages der KPdSU (1956) auf „Personenkult“ und „Verletzung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit“ reduziert und von dieser verengten Sichtweise ausgehend behauptet, das über 30 Jahre währende Regime Stalins habe das Wesen der „sozialistischen Gesellschaftsordnung“ unverändert gelassen. Diese Auffassung war noch bis weit in die 80er Jahre autorisierte Standardmeinung renommierter sowjetischer Historiker und Gesellschaftswissenschaftler: „Die Verstöße gegen die Leninschen Normen des Partei- und Staatslebens vermochten jedoch trotz aller schwerwiegenden Folgen nicht, den Charakter der sozialistischen Gesellschaft, der ideologischen, politischen und organisatorischen Grundlagen des Wirkens der Kommunistischen Partei zu verändern“ (Die internationale Arbeiterbewegung, Bd. 5, 1985: 64). Auch Judick/Steinhaus verharren noch 1989 ungebrochen in dieser Sichtweise: „KPdSU und Sowjetmacht erfuhren zeitweise schwerwiegende Deformationen, ihr progressives, revolutionäres Wesen blieb jedoch im Kern erhalten“.

In Abgrenzung zu diesen hier nur knapp skizzierbaren Auffassungen ist davon auszugehen, daß die Ausarbeitung eines kritisch-marxistischen Stalinismusbegriffs eine unverzichtbare Aufgabe im Interesse der Selbsterneuerung des Marxismus sowie der Wiederherstellung seiner Überzeugungsfähigkeit und Ausstrahlungskraft darstellt. Angeknüpft werden kann hier insbesondere an die bereits erwähnten stalinismuskritischen Analysen von W. Hofmann, L. Kofler und G. Lukács sowie an eine Reihe neuerer Arbeiten von Philosophen, Historikern und Gesellschaftswissenschaftlern aus der ehemaligen UdSSR (z. B. Butenko, Danilow, Wolobujew, Plimak u. a.)

Angesichts der aktuell verstärkten Bemühungen, den Zusammenbruch der stalinistisch geprägten Regime „assoziativ“ in einen Bankrott der Ideen von Marx, Engels und Lenin zu überführen, gehe ich von einem entgegengesetzten Stalinismus-Verständnis aus: *Der Stalinismus ist ein mit der Wirkungsperiode I. W. Stalins sich formierendes und zu überdauernder Reproduktion fähiges System der Entstellung, Dogmatisierung und Vulgarisierung der Theorien von Marx, Engels und Lenin, das als legitimatorische Grundlage für eine deformierte/deformierende Strategie des vorgeblichen Aufbaus des Sozialismus sowie der Tätigkeit der kommunistischen Partei fungiert*. Das heißt, der Stalinismus verkörpert einen spezifisch-eigenständigen, geistig-praktischen Wirkungszusammenhang

bzw. ein „organisches“ Tätigkeitssystem, das gesellschaftsstrukturell vergegenständlicht in Erscheinung tritt, er ist folglich sowohl als ideologisches Phänomen als auch als gesellschaftliches System zu rekonstruieren. Eine zentrale Besonderheit des Stalinismus ist darin zu sehen, daß er sein antimarxistisches Wesen durch promarxistische Bekenntnistreue und entsprechende Artikulationsformen verhüllt.

Eine ähnliche Stalinismusauffassung formulieren Firsov/Schirinja (1990: 9): „Der Stalinismus ist ein ganzes System von Deformationen und Entstellungen im ideologisch-theoretischen Bereich und solcher politischen Methoden, die zur Abweichung von den Prinzipien der Demokratie, des Kollektivismus und des Internationalismus, zur Durchsetzung von Diktat und Willkür und letztlich zu Verbrechen führten. Der Stalinismus verzerrt und verwirft faktisch den humanistischen und demokratischen Gehalt des Marxismus-Leninismus. Durch enge, in vieler Hinsicht direkt falsche Auslegung des Klasseninteresses ist er auf gewaltsame, repressive Methoden, auf ein bürokratisches Kommandosystem in der Leitung und auf straffe Zentralisierung ausgerichtet. Er stellt damit eine Abkehr vom Marxismus-Leninismus und eine Revision seiner grundlegenden Ideen und Prinzipien dar.“

Wolkogonow (1989: 22) stellte zunächst noch fest: „Der Stalinismus ist meines Erachtens ein Synonym für die Pervertierung der Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus. Diese Pervertierung zeigt sich vor allem in der Entfremdung der werktätigen Massen von der Macht, in der Ausuferung der Bürokratie und in der Festigung dogmatisierter Klischees im gesellschaftlichen Bewußtsein.“

Wodolasow (1990: 206) schreibt: „Der reife, entwickelte Stalinismus, wie er sich Mitte der 30er Jahre herausbildete, ist eine antihumanistische, voluntaristische Ideologie einer bürokratischen Elite, die die Gewalt in allen ihren Hypostasen verabsolutiert und verherrlicht. Das ist sein ideologisches Wesen. Und als System der sozialpolitischen Verhältnisse ist der Stalinismus eine Diktatur der Bürokratie in ihren barbarischsten, schrecklichsten Formen.“

Zweifellos kommt der Rekonstruktion der subjektiven Handlungslogik unter stalinistischen Gesellschaftsbedingungen und der ihr entsprechenden Lebensformen eine bedeutende Rolle zu. Allerdings ist zwischen dem Stalinismus als gesellschaftlichem (materiellen und ideellen) Aneignungsgegenstand/Anforderungszusammenhang und der subjektiven Übernahme stalinistisch geprägter Denk- und Handlungsnormen, Sichtweisen, Werten etc. in definitorischer Hinsicht deutlich zu unterscheiden. Insofern wäre nicht von „Stalinismus als Lebensform“, sondern von subjektiv begründeter Lebenstätigkeit unter stalinistischen Systembedingungen zu sprechen. Damit wäre dann das spannende Projekt einer „Sozialpsychologie des Stalinismus“ angerissen. (Auch hier gibt es bereits Vorarbeiten, so z. B. von Kon, Saslawskaja, Olschanskij, Kotschubej u. a.)

Die historisch-analytische Rekonstruktion der Entstehung, Festigung und „Ausdifferenzierung“ des Stalinismus als *nichtfatalistisches* geschichtliches Phänomen muß m. E. im Lichte des Ziel-Mittel-Widerspruchs in der Entwicklung Sowjetrußlands erfolgen. Dabei gilt es vor allem die Gegensätzlichkeit bzw. den *strategischen Bruch zwischen Lenin und Stalin* herauszuarbeiten. Während Lenins Verarbeitung dieses Widerspruchs zum strategischen Entwurf einer „Zwischen“- bzw. „Übergangsperiode“ zwecks Schaffung der „zivilisatorischen Voraussetzung“ für den Aufbau des Sozialismus führt, läuft Stalins Verarbeitungsvariante auf die voluntaristische Überwindung der Not-Wendigkeit einer „Übergangsperiode“ durch systematische Anwendung von Gewalt-, Terror- und Kommandomethoden hinaus, die als „sozialistische Prinzipien“ verabsolutiert und zugespitzt werden („Mechanismus des permanenten Bürgerkriegs“). Dieser qualitative Bruch gilt auch für die revolutionäre Gewaltanwendung bei Lenin („Roter Terror“) als erzwungene Notwehrmaßnahme einerseits und dem stalinistischen Terror als Mittel zur Etablierung eines neuen Herrschaftssystems andererseits.

Beachtlich ist die Art und Weise, wie neodogmatische Kräfte aus den Reihen der Kommunistischen Plattform der PDS in engem Schulterschuß mit Vertretern der DKP das Verhältnis von Stalinismus und Antikommunismus verzerren und auf den Kopf stellen. Anstatt nämlich die Stalinismuskritik als verdeckten Antikommunismus zu denunzieren, gilt es vielmehr den *Stalinismus als effektivste Form des Antikommunismus* zu begreifen und z. B. endlich unumwunden anzuerkennen, daß Stalin der größte Kommunistenschlächter dieses Jahrhunderts gewesen ist. In dieser Hinsicht ist Michael Schneider ausdrücklich beizupflichten, der in seinem Buch „Das Ende eines Jahrhundertmythos“ folgendes feststellt:

„Daß im Namen des Kommunismus die Führung der Partei blanken Antikommunismus betrieb und längst in die Hände von Kriminellen und Konterrevolutionären übergegangen war, dies war für die sowjetische Öffentlichkeit und die kommunistische Weltbewegung deshalb kaum zu durchschauen, weil es eine von erklärten Kommunisten und ‚Marxisten-Leninisten‘ geführte Konterrevolution unter dem Schutz der Roten Fahne war. Das klingt paradox; aber die Paradoxie löst sich auf, wenn man zwischen dem, wofür sich eine Parteiführung hält, und dem, was sie tut, unterscheidet“.

## II.

Die Entwicklung Sowjetrußlands von der Oktoberrevolution bis zu Lenins Tod bildet das bestimmende gesellschaftlich-historische „Milieu“, aus dem heraus der Entstehungsprozeß des Stalinismus zu begreifen ist. Hervorzuheben ist hier zunächst der „*nichtklassische*“ *Charakter der Oktoberrevolution*:

Entgegen der Annahme von Marx und Engels<sup>2</sup>, daß eine proletarische Revolution zuerst in den entwickelten kapitalistischen Ländern ausbrechen würde und zum anderen ein internationales Ereignis sei, d. h. sich in mehreren Ländern gleichzeitig vollziehen müsse, hatte nun das russische Proletariat im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft in zunächst nur einem, noch dazu ökonomisch, politisch und kulturell rückständigen Land die Staatsgewalt der Ausbeuterklassen gebrochen. Damit war ein theoretisch bislang nicht bearbeiteter historischer Problemtyp in die Welt gesetzt worden, der fortan im Zentrum der Auseinandersetzungen innerhalb der revolutionären Bewegung stand.

Angesichts dieser Konstellation sah sich die KPR(B) als erklärte Avantgarde der Revolution mit einem tiefgreifenden *Ziel-Mittel-Widerspruch der gesellschaftlichen Entwicklung Sowjetrußlands* konfrontiert, der folgende konfligierenden „Seiten“ beinhaltete: Einerseits, als geistig-moralischer Zielhorizont, der Aufbau einer sozial gerechten, ausbeutungs- und herrschaftsfreien, die Selbstentfaltung der „assoziierten“ Individuen fördernden Gesellschaft; andererseits die ökonomische, politische und kulturelle Rückständigkeit und damit das *Fehlen adäquater „Entwicklungsmittel“* des Aufbaus und der Selbstorganisation einer sozialistischen Gesellschaft. Als fehlende „Entwicklungsmittel“ sind hier nicht nur entsprechende Produktivkräfte (z. B. materiell-technische Produktionsvoraussetzungen; Qualifikationen etc.) anzuführen, sondern ebenso das Nichtvorhandensein einer funktionalen politischen Kultur; insbesondere der archaische, amorphe Zustand der SOCIETE CIVILE (Zivilgesellschaft) im Sinne Gramscis, sowie ein Zustand „halbasiatischer Kulturlosigkeit“, der den „subjektiven Faktor“ der russischen Gesellschaft entscheidend prägte: „Der zurückgebliebene Bauer, der halbgebildete Arbeiter, der stumpfsinnige, initiativlose Beamte, der auf asiatische Weise han-

---

<sup>2</sup> „Die kommunistische Revolution wird ... keine bloß nationale, sie wird eine in allen zivilisierten Ländern, d. h. wenigstens in England, Amerika, Frankreich und Deutschland gleichzeitig vor sich gehende Revolution sein“ (Engels 1970: 349). „Eine radikale soziale Revolution ist an gewisse historische Bedingungen der ökonomischen Entwicklung geknüpft; letztere sind ihre Voraussetzung. Sie ist also nur möglich, wo mit der kapitalistischen Produktion das industrielle Proletariat wenigstens eine bedeutende Stellung in der Volksmasse einnimmt“ (Marx 1976: 633).

delnde Kaufmann und der lebensfremde Intellektuelle – das waren die hauptsächlichen Typen, mit denen die Sowjetmacht arbeiten mußte“ (Plimak 1990: 45).<sup>3</sup>

Als schöpferischer Marxist und revolutionärer Realist erkannte Lenin, daß der „nichtklassische“ Charakter der russischen Revolution eine „nichtklassische“ strategische Antwort, eine Modifizierung herkömmlicher Orientierungsmuster erfordert. Bedeutsam ist hier vor allem die Einsicht, daß es unter den spezifischen Bedingungen Sowjetrußlands einer „Zwischenperiode“ bedarf, um die allseitige strukturelle Rückständigkeit zu überwinden und die „zivilisatorischen“ Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus zu schaffen. Drei aufeinander aufbauende und inhaltlich korrespondierende strategische Antworten in Verarbeitung des skizzierten Ziel-Mittel-Widerspruchs formuliert Lenin zwischen Frühjahr 1918 und März 1923:

1.) In Auseinandersetzung mit den „linken Kommunisten“ arbeitet Lenin in seinen Schriften „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ (Lenin 1971a) und „Über ‚linke‘ Kinderei und Kleinbürgerlichkeit“ (Frühjahr 1918, Lenin 1971b) die Notwendigkeit heraus, in Anbetracht der „kolossalen“ Problemstruktur Sowjetrußlands handlungsstrategische Zugeständnisse in Gestalt von *Abweichungen vom idealtypischen Modell des ‚Kommune-Staates‘* zuzulassen; was nichts anderes bedeutet, als die praktisch erzwungene Revision von Orientierungen, die Lenin noch in „Staat und Revolution“ ausgearbeitet hatte:

a) Die Bildung der Roten Armee erfolgt – unter Einbeziehung alter Militärspezialisten – als *Wehrpflichtigenarmee* anstelle der Schaffung einer Volksmiliz, die ursprünglich der bewaffnete Arm der Revolution sein sollte (vgl. Bettelheim 1975: 231 ff.).

b) Die *Gewinnung bürgerlicher Spezialisten* auf „bürgerliche Art“, d. h. gegen hohe Bezahlung, wird von Lenin zwar als Rückschritt, aber als unabdingbar erachtet: „Ohne die Anleitung durch Spezialisten der verschiedenen Zweige des Wissens, der Technik und der Praxis ist der Übergang zum Sozialismus unmöglich ... Wir mußten ... zu dem alten, bürgerlichen Mittel greifen und uns mit einer sehr hohen Bezahlung der ‚Dienste‘ der bedeutendsten bürgerlichen Spezialisten einverstanden erklären ... Es ist klar, daß eine solche Maßnahme ein Kompromiß, eine Abweichung von den Prinzipien der Pariser Kommune und jeder proletarischen Macht ist, die fordern, daß die Gehälter dem Lohn des Durchschnittsarbeiters angeglichen werden ...“ (Lenin 1971a: 339f.).

c) Infolge des niedrigen Entwicklungsniveaus der „Arbeitskultur“ sowie der Erfordernisse der maschinellen Großindustrie betont Lenin die Notwendigkeit der *Einzelleitung der sowjetischen Betriebe*. „Wir müssen es lernen, den stürmischen ... Versammlungsdemokratismus der werktätigen Massen zu verbinden mit eiserner Disziplin während der Arbeit, mit der unbedingten Unterordnung unter den Willen einer Einzelperson, des sowjetischen Leiters, während der Arbeit“ (ebd.: 365; Hervorh. i. Original).

d) Gegenüber den linken Kommunisten, die sich abstrakt an die „klassische“, „reine“ Form des revolutionären Übergangs zum Sozialismus klammern, hebt Lenin hervor, daß – unter der ausschlaggebenden Bedingung der „Diktatur des Proletariats“ – a) der *Staatskapitalismus* angesichts der heterogenen ökonomischen Struktur Rußlands ein „Entwicklungspartner“ im Kampf gegen die Klein-

---

<sup>3</sup> Wie Hofmann (1970: 37) hervorhebt, sind am zaristischen Rußland bedeutsame geschichtliche Prozesse vorbeigegangen, „welche die neuere westeuropäische Gesellschaft zutiefst geprägt haben ... Hierzu gehört die *Reformation* und, mit ihr verbunden, die Säkularisierung und Rationalisierung der Religion, ferner die Individualisierung des Denkens durch den *Humanismus*, die umfassende Bewegung der *Aufklärung*, die Heraufkunft des politischen und ökonomischen *Liberalismus* und die Emanzipation des *homo oeconomicus*, der Übergang zum *parlamentarischen Verfassungsstaat* und damit die Rationalisierung der Beziehungen von Staat und Staatsbürgern, die Relativierung der Staatsgewalt durch das Verhältnis konkurrierender Parteien und durch den turnusmäßigen Wechsel der Regierung.“

bourgeoisie ist und b) einen gewaltigen Schritt vorwärts bedeutet, da er ökonomisch unvergleichlich höher steht „als unsere jetzige Wirtschaftsweise“<sup>4</sup>.

2.) In Reaktion auf die Krise des „kriegskommunistischen“ Regulierungsmodells nach dem militärischen Sieg über die „innere“ und „äußere“ Konterrevolution und unter dem Eindruck von Bauernaufständen, Streiks und Massendemonstrationen bis hin zur „Kronstädter Meuterei“ setzt sich Lenin für die Durchsetzung der „*Neuen Ökonomischen Politik*“ (NÖP) ein, die einen radikalen Bruch mit dem „kriegskommunistischen“ Voluntarismus und Utopismus darstellt. Den Wesenskern der NÖP bildet die Rekonstruktion des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft auf erneuerter sozialökonomischer Grundlage. Um den ökonomischen Interessen der Bauern zu entsprechen und die Agrarproduktion zu reorganisieren, wurden mit dem Dekret vom 21.03.1921 die Ablieferungspflicht abgeschafft und durch die Naturalsteuer ersetzt. Ferner wurde die Handelsfreiheit der Bauern auf lokaler Ebene hergestellt. Entgegen der Logik des „Kriegskommunismus“ wurden die staatlichen Betriebe auf wirtschaftliche Rechnungsführung umgestellt und angesichts des Scheiterns der „proletarischen Naturalwirtschaft“ auf die Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen und des Handels orientiert. In Reaktion auf die nicht verstummende orthodox-dogmatische Kritik an der NÖP hob Lenin hervor, daß der Kapitalismus im Vergleich zum Sozialismus ein Übel sei. Im Vergleich zum Mittelalter, gegenüber der zersplitterten Kleinproduktion und dem damit zusammenhängenden Bürokratismus sei er hingegen ein Segen. „Insofern wir noch nicht imstande sind, den unmittelbaren Übergang von der Kleinproduktion zum Sozialismus zu verwirklichen ... insofern müssen wir uns den Kapitalismus zunutze machen (besonders indem wir ihn in das Fahrwasser des Staatskapitalismus leiten) als vermittelndes Kettenglied zwischen der Kleinproduktion und dem Sozialismus, als Mittel, Weg, Behelf, Methode zur Steigerung der Produktivkräfte“ (Lenin 1982a: 364).

3.) In seinen letzten Artikeln und Briefen, aufgezeichnet zwischen dem 23. Dezember 1922 und dem 2. März 1923, entwickelt Lenin weitreichende Gedanken über die Aufgaben des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion. Folgende wesentlichen Aspekte dieser Leninschen Sozialismusperspektive sind hervorzuheben:

a) Lenin unterbreitet konkrete Vorschläge, um den bürokratischen Entartungstendenzen im Partei- und Staatsapparat gezielt entgegenwirken zu können. Dabei geht es ihm insbesondere um die *Herausbildung eines neuen Typs von Leitungskadern*, der folgende Anforderungsdimensionen in sich vereint: hohe Moral, charakterliche Festigkeit, umfassende Bildung, fachliche Kompetenz, Feingefühl im Umgang mit Menschen, administratives Vermögen. Was das Tempo der Herausbildung dieses neuen Kaderniveaus anlangt, rät Lenin zu Geduld: „Für den Anfang sollte uns eine wirkliche bürgerliche Kultur genügen, für den Anfang sollte es uns genügen, wenn wir ohne die besonders ausgeprägten Typen vorbürgerlicher Kultur auskommen, d. h. der Beamten- oder der Leibeigenschaftskultur usw. In Kulturfragen gibt es nichts Schädlicheres als Übereile und Leichtfertigkeit“ (Lenin 1982b: 474).

b) Die zweite zentrale Aufgabe, die ebenso wie die „Umgestaltung des Apparats“ eine ganze Epoche umfaßt, sieht Lenin in der kulturellen Arbeit für die Bauernschaft. Die systematische *Höherentwicklung des Kulturniveaus der Bauernschaft* (als der übergroßen Masse) ist eine Entwicklungsnotwendigkeit im Interesse der Heranführung der Landbevölkerung an den Sozialismus. Dabei kommt den Genossenschaften eine zentrale strategische Bedeutung zu, da sie eine organisatorische Form „des Übergangs zu neuen Zuständen“ darstellen, die möglichst einfach, leicht und zugänglich

---

<sup>4</sup> Die formationsstrukturelle Heterogenität Sowjetrußlands ergibt sich aus der Koexistenz von Elementen verschiedener gesellschaftlicher Wirtschaftsformen. Im Einzelnen zählt Lenin (1971b: 395) folgende Elemente auf: „1. die patriarchalische Bauernwirtschaft, die in hohem Grade Naturalwirtschaft ist; 2. die kleine Warenproduktion (hierher gehört die Mehrzahl der Bauern, die Getreide verkaufen); 3. der privatwirtschaftliche Kapitalismus; 4. der Staatskapitalismus; 5. der Sozialismus.“

für den Bauern ist“ (ebd.: 454). *Die Verwandlung des russischen Klein- und Mittelbauern in einen „zivilisierten Genossenschaftler“*, der ein Händler ist, der Kulturansprüchen genügt (d. h. „ein aufgeweckter und des Schreibens kundiger Händler zu sein“) ist für Lenin der Schlüssel, um die gesellschaftliche Tätigkeit für den Aufbau des Sozialismus in Sowjetrußland voranzutreiben. Insgesamt handelt es sich hier um einen Transformationsprozeß, der eine ganze Umwälzungsperiode in der Entwicklung der Volksmasse umfaßt. In diesem Kontext thematisiert Lenin ein ganzes Spektrum von Maßnahmen, um aus der „halbasiatischen Kulturlosigkeit“ herauszukommen.

c) In direkter Ablehnung der Positionen Stalins in der Nationalitätenfrage wendet sich Lenin vehement gegen den „großrussischen Chauvinismus“ als fortwirkendes Erbe des Zarismus und plädiert für eine umfassende *Unterstützung der Entwicklungsinteressen der nichtrussischen Völker und Nationen*.<sup>5</sup>

d) Vor dem Hintergrund des geringen politisch-ideologischen und intellektuellen Niveaus der Parteibasis sowie der gravierenden zahlenmäßigen Schwäche der Partei<sup>6</sup> sah Lenin die Stabilität der KPR(B) bedroht durch die Disharmonie der Charaktere innerhalb des bolschewistischen Führungskerns. Dabei berücksichtigte Lenin, „daß die Eigenschaften der einen oder anderen Persönlichkeit, multipliziert mit der ungeheuren Macht des zentralisierten Staats- und Parteiapparates, eine Größe von sozialem Ausmaß ergaben“ (Plimak 1990: 29). Im Ergebnis dieser Überlegungen gelangte Lenin zu jener ebenso knappen wie berühmten Skizze der Qualitäten und personalen Eigenschaften von Stalin, Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Bucharin und Pjatakow, antizipierte die alsbald reale Gestalt annehmende Gefahr der Spaltung der Partei und empfahl in seiner Ergänzung zum Brief vom 24. Dezember 1922 am 4. Januar 1923 die Ablösung Stalins von der Funktion des Generalsekretärs.

Lenins strategische Überlegungen zur Verarbeitung des Ziel-Mittel-Widerspruchs Sowjetrußlands sind primär darauf gerichtet, vermittels einer gezielten Zurückdrängung bürokratischer Auswüchse und Verselbständigungstendenzen im Partei- und Staatsapparat sowie einer systematischen Anhebung des Kulturniveaus der Bevölkerungsmehrheit die Masse der Werktätigen zur aktiv-demokratischen Selbstverwaltung zu befähigen und damit zum *Subjekt* des Aufbaus einer neuen (perspektivisch: sozialistischen) Gesellschaft werden zu lassen.

### III.

Der Stalinismus als gesellschaftliches und ideologisches Phänomen stellt m. E. eine *Totalrevision* der Leninschen Verarbeitungsstrategie des Ziel-Mittel-Widerspruchs der sowjetischen Gesellschaft im symbolisch-theoretischen Gewand des „Leninismus“ dar. Das heißt wir haben es mit einer „klassischen“ Form der Verkehrung von „Wesen“ und „Erscheinung“ zu tun: Der Oberflächenschein spiegelt das Wesen nicht nur verhüllt, sondern als dessen direkten Gegensatz wider. Abgesehen von der pro-leninistischen Erscheinungsoberfläche ist der Stalinismus als eigenartige „strategische Antwort“ auf die Entwicklungswidersprüche Sowjetrußlands zu begreifen. Dabei werden die in der

---

<sup>5</sup> Unter den Umständen, „daß wir einen Apparat als eigenen bezeichnen, der uns in Wirklichkeit noch durch und durch fremd ist und ein bürgerlich-zaristisches Gemisch darstellt, ... ist es ganz natürlich, daß sich die ‚Freiheit des Austritts aus der Union‘, mit der wir uns rechtfertigen, als ein wertloser Fetzen Papier herausstellen wird, der völlig ungeeignet ist, die nichtrussischen Einwohner Rußlands vor der Invasion jenes echten Russen zu schützen, des großrussischen Chauvinisten, ja im Grunde Schurken und Gewalttäters, wie es der typische russische Bürokrat ist. Kein Zweifel, daß der verschwindende Prozentsatz sowjetischer und sowjetisierter Arbeiter in diesem Meer des chauvinistischen großrussischen Packs ertrinken wird wie die Fliege in der Milch“ (Lenin 1971c: 653).

<sup>6</sup> Als „ein Tropfen im Volksmeer“ (Lenin) „besaß die Partei nur etwa 500.000 Mitglieder und umfaßte somit weniger als ein halbes Prozent der Gesamtbevölkerung ... Über das Niveau der politischen Bildung stellte der Bericht der Revisionskommission auf dem XIII. Parteitag fest, daß der Anteil der ‚politischen Analphabeten‘ in den landwirtschaftlichen Gebieten 80 bis 90 Prozent und in den industriellen Gouvernements bis zu 50 Prozent betrug. Ebenso konstatierte der organisatorische Bericht des Zentralkomitees auf dem XIII. Parteitag vom Mai 1924: ‚Um das politische Wissensniveau der Parteimitglieder ist es schlecht bestellt: 60 Prozent sind ungeschult‘“ (Meyer 1974: 520f.).

„kolossalen“ Problemstruktur Sowjetrußlands wurzelnden Gefahren, vor denen Lenin warnt, zu einer unmittelbaren „materiellen“ Quelle des Stalinismus:

1.) Die von Lenin als zwangsläufig angesehene, aber zugleich als Problem empfundene „Einschränkung“ der Prinzipien des „Kommune-Staates“ wird bei Stalin willkürlich vorangetrieben und ausgebaut. Überzentralisierung, Hypertrophie der Staatsmacht, Festigung und Ausdehnung der Bürokratie werden zu Eckpfeilern des stalinistischen Regimes. Die Rückständigkeit auf ökonomischem, sozialem, politischem und kulturellem Gebiet führt so im stalinistischen System schließlich dazu, „daß der Staat ... sowohl die Gesellschaft als auch das Individuum gleichsam ‚absorbiert‘. Er formuliert die Aufgaben für das Individuum und für die Gesellschaft und fordert von ihnen die widerspruchslöse Ausführung seiner Beschlüsse, wobei er aufrichtig der Meinung sein kann, daß diese im Grunde auf bürokratischem Wege zustande gekommenen Beschlüsse die Interessen der Individuen und der Gesellschaft am adäquatesten widerspiegeln“ (Migranjan 1990: 42). Diese Verfestigung einer überzentralisierten, „abgehobenen“, den Massen entfremdeten Staatsmacht kulminiert letztendlich in der bonapartistischen Inbesitznahme der Staatsmacht durch Stalin und dessen „Personenkult“ als äußerliche Kehrseite.

2) Während Lenin immer wieder die Förderung von Selbstverwaltungskompetenz und Masseninitiative betont und sich für den Vorrang der Überzeugungsmethode ausspricht, kommt es unter Stalin zur Systematisierung und Verabsolutierung von Zwangs-, Terror- und Kommandomethoden, die zur „sozialistischen Norm“ erhoben werden. Entsprechend sieht der sowjetische Historiker M. J. Gefter den „Mechanismus des permanenten Bürgerkriegs“ als den wichtigsten Mechanismus innerhalb des Stalinismus an: Die „Bürgerkriegsmethode“ wird zum generellen Kompensator der fehlenden „Entwicklungsmittel“ für den unmittelbaren Aufbau des Sozialismus.

3.) Die qualitative Höherentwicklung des Kulturniveaus der Bevölkerung ist für Lenin der „Hebel“, um deren Status als Subjekt des Vergesellschaftungsprozesses zu fördern. Demgegenüber bedeutet „Kulturrevolution“ im funktionalen Horizont des Stalinismus: Befähigung der Massen zur „Umsetzung“ befehlsadministrativ verfaßter und überwachter „Vorgaben“. Befehle sollen verstanden und befolgt werden können, Befehlsverweigerer gehören bestraft. Andererseits soll die in der russischen Tradition angelegte demütig-apologetische Gehorsamshaltung des Volkes zur Macht nicht wirklich überwunden, sondern der stalinistischen Herrschaftspraxis dienstbar gemacht werden.

4.) Die Notwendigkeit einer Übergangsperiode zur Schaffung der „zivilisatorischen“ Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus wird im Stalinschen „Entwicklungsmodell“ auf voluntaristische Weise negiert: An die Stelle der Verwandlung des russischen Bauern in einen „zivilisierten Genossenschaftler“ tritt die „Zwangskollektivierung der Landwirtschaft“ und die Methode des „Anpeitschens“. Dieser „durch die Stalinsche Führung brutal ausgebeutete Enthusiasmus des Volkes“ führte – wie Doping – zu zeitweiligen Fortschritten in der Gesellschaft, aber um den Preis der nachfolgenden Zerstörung des Organismus und einer schrecklichen Enttäuschung in der Zukunft“ (Wodolasow 1990: 213).

5.) Entgegen dem Prinzip der „Kollektivität der Leitung“ und den Leninschen Kriterien der Kaderelektion wurden die hohen Funktionäre im Partei- und Staatsapparat nach dem Kriterium der unbedingten Unterordnung bzw. der persönlichen Ergebenheit ausgewählt. Während in der KPR (B) bis zu Lenins Tod parteiinterne Richtungs- und Meinungskämpfe an der Tagesordnung waren, die sich aus der objektiven Kompliziertheit des revolutionären Prozesses in Rußland „naturwüchsig“ ergaben, wird unter Stalin sukzessive das Prinzip der „monolithischen Einheit“ durchgesetzt.<sup>7</sup> In die-

<sup>7</sup> Auf dem X. Parteitag der KPR(B) vom 8. - 16. März 1921 wurden u. a. zwei Resolutionen verabschiedet: „Zu Fragen des Parteaufbaus“ und „Über die Einheit der Partei“. Mit dem Beschluß „Zu Fragen des Parteaufbaus“ wird einer Verstärkung der innerparteilichen Demokratie Nachdruck verliehen und betont, daß die umfassende Diskussion aller wichtigen Fragen bei voller Freiheit der in-

sem Kontext werden die Parteikontrollkommissionen als Organe der kritischen Überwachung der hauptamtlichen Funktionäre durch gewählte Vertreter der Mitgliederbasis in ihr Gegenteil verkehrt und zu Organen der Kontrolle der einfachen Parteimitglieder durch den Apparat umfunktioniert. Unter direktem Einfluß des aggressiv-polemischen Anklagetons Stalins und seiner Methode des „bösen Vorsatzes“ breitete sich so in der Partei eine Atmosphäre der Verdächtigungen, des gegenseitigen Mißtrauens und Denunziantentums aus, in der jeder als potentieller „Diversant“, „Spion“ und „Schädling“ anzusehen war. (Plimak spricht in diesem Zusammenhang von „lumpenproletarischen“ Kampfmethoden gegen die Opposition, die im Rahmen der KOMINTERN gewissermaßen „internationalisiert“ wurden.)

#### IV.

Nach eingehender Analyse wird offensichtlich, daß gerade auch in der *Frage der revolutionären Gewalt* ein krasser Gegensatz bzw. ein konterrevolutionärer Bruch zwischen Lenin und Stalin besteht. Lenins Ausgangspunkt ist die von den „Begründern des modernen Sozialismus“ gewonnene historische Erkenntnis, „daß eine Revolution nur dann erfolgreich sein kann, wenn *der Widerstand der Ausbeuter gebrochen wird*“ (Lenin 1980: 58).

In diesem Sinne ist Lenin nachdrücklicher Befürworter revolutionärer Gewalt. Andererseits kann in seiner Sicht aber „auch kein Zweifel daran bestehen, daß die revolutionäre Gewalt nur in bestimmten Entwicklungsetappen der Revolution, nur unter bestimmten und besonderen Bedingungen eine notwendige und gesetzmäßige Methode der Revolution war, während die Organisation der proletarischen Massen ... ein viel wesentlicheres, ständiges Merkmal dieser Revolution und Voraussetzung ihrer Siege war und bleibt“ (Lenin 1976a: 74). Bezugnehmend auf den konkret-historischen Verlauf der russischen Revolution akzentuiert Lenin den re-aktiven Charakter revolutionärer Gewaltanwendung in Abhängigkeit vom Entfaltungsgrad konterrevolutionärer Aktivitäten:

„Nach der Revolution vom 25. Oktober (7. November) 1917 haben wir nicht einmal die bürgerlichen Zeitungen verboten, und von Terror konnte gar keine Rede sein. Wir haben nicht nur viele Minister Kerenskis, sondern auch Krasnow, der gegen uns Krieg führte, freigelassen. Erst nachdem die Ausbeuter, d. h. die Kapitalisten, ihren Widerstand verstärkten, sind wir an die systematische Unterdrückung dieses Widerstandes, bis zur Anwendung von Terror gegangen. Das war die Antwort des Proletariats auf solche Handlungen der Bourgeoisie wie ihre Verschwörung im Verein mit den Kapitalisten Deutschlands, Englands, Japans, Amerikas, Frankreichs zur Wiederherstellung der Macht der Ausbeuter in Rußland ... Eine der letzten Verschwörungen, die eine ‚Änderung‘, nämlich den verstärkten Terror gegen die Bourgeoisie in Petrograd, erforderlich machte, war die Verschwörung der Bourgeoisie im Verein mit den Sozialrevolutionären und Menschewiki zur Preisgabe Petrograds, die Besetzung von Krasnaja Gorka durch Verschwörer aus den Reihen der Offiziere und die Bestechung der Angestellten in der Schweizer Botschaft neben vielen russischen Angestellten durch die englischen und französischen Kapitalisten usw.“ (Lenin 1976b: 507f.).

---

nerparteilichen Kritik zur Richtschnur werden sollte. Diese Orientierung wird insbesondere angesichts der Gefahren der Verselbständigung und bürokratischen Erstarrung des Parteiapparates vor dem Hintergrund des niedrigen Kulturniveaus der Bevölkerungsmehrheit gewählt. Ferner wird in dieser Resolution der historisch-flexible Charakter des Parteaufbaus klar zum Ausdruck gebracht: „Die Partei des revolutionären Marxismus negiert prinzipiell die Suche nach einer absolut richtigen, für alle Stufen des revolutionären Prozesses geeigneten Form der Organisation der Partei, und eben solcher Methoden ihrer Arbeit. Im Gegenteil, Organisationsform und Methoden der Arbeit werden vollständig von den Besonderheiten der gegebenen konkreten historischen Situation und den Aufgaben bestimmt, die sich unmittelbar aus dieser Situation ergeben“. Der Beschluß „Über die Einheit der Partei“ reflektiert nun diese konkret-unmittelbare Situation nach der Periode des „Kriegskommunismus“, des politischen Krisenwinters von 1921 und der dadurch bedingten gesellschaftlichen Instabilität und postuliert als temporäre Maßnahme ein Verbot jeglicher Fraktionsbildung. Unter bewußter Mißachtung ihres temporären und konkret-situativen Charakters wird diese Resolution später von Stalin und seiner Gefolgschaft zielgerichtet verabsolutiert und zu einem zentralen Legitimationsinstrument im Kampf gegen mißliebige parteiinterne Kritiker umgewandelt.

Was die Prämissen der Einführung des „Roten Terrors“ am 2. September 1918 betrifft, so ist daran zu erinnern, daß es eben nicht Monarchisten, sondern Sozialrevolutionäre waren, die im Juni 1918 W. Wolodarski, ein Präsidiumsmitglied des Petrograder Sowjets, ermordeten und am 30. August 1918 ein Attentat auf Lenin verübten, bei dem dieser erheblich verwundet wurde. Im übrigen wäre m. E. im Lichte der historischen Tatsachen auch folgender Einschätzung Lenins Rechnung zu tragen:

„Der Terror wurde uns aufgezwungen. Man vergißt, daß der Terrorismus durch die Invasion der allmächtigen Entente ausgelöst wurde. Ist das etwa kein Terror, wenn die Flotte der ganzen Welt ein hungerndes Land blockiert? Ist das etwa kein Terror, wenn Vertreter des Auslands, gestützt auf ihre diplomatische Unantastbarkeit, weißgardistische Aufstände organisieren? ... Wenn wir versucht hätten, auf diese von den internationalen Räubern geschaffenen, durch den Krieg vertierten Truppen mit Worten, mit Überzeugung, mit irgendwelchen anderen Mitteln als mit Terror einzuwirken, so hätten wir uns nicht einmal zwei Monate gehalten, so wären wir Toren gewesen...“ (Lenin 1961: 211f.).

Während also Lenin revolutionäre Gewaltanwendung aus dem realen Erfahrungshorizont komplexer konterrevolutionärer Terror-, Sabotage- und Militäraktionen rechtfertigt und praktiziert, besitzt der stalinistische Terror im Zuge der Zwangskollektivierung sowie in Form der Massenrepressalien der 30er Jahre eine gänzlich andersartige gesellschaftlich-historische Bedeutung. Unter dem Deckmantel mißbräuchlich verwendeter und sinnentstellter revolutionärer Losungen, die aus einem disparaten historischen Kontext „zwangstransplantiert“ werden, *ist die Stalinsche Gewaltpolitik integrales Mittel zur Etablierung eines neuen Herrschaftssystems*. Für die Legitimation dieses Systems ist aber nicht das „Leninsche Erbe“, sondern die konkret-historische „imperialistische Einkreisung“ und Bedrohung der probate „Plausibilitätslieferant“. Mit anderen Worten: Der kontinuierlichvieltalige westlich-kapitalistische Widerstand gegen die freie Entwicklung einer alternativen Übergangsgesellschaft in Sowjetrußland, wie er letztlich im kriegerischen Antibolschewismus des deutschen Faschismus kulminiert, ist selbst als eine „genetische Quelle“ bzw. äußere Voraussetzung des Stalinismus zu begreifen. Wenn im Zeichen eines pauschalierenden Antibolschewismus versucht wird, Lenin die Schuld für die Schmach des Stalinismus anzulasten, dann geht es immer auch um die Verschleierung dieses Tatbestandes.

## V.

Als ideologisches System entwickelt sich der Stalinismus allmählich und auf „nicht-originelle“ Weise aus folgenden „geistigen“ Quellen:

1.) Das Denken Stalins (wie auch anderer Führungsmitglieder der bolschewistischen Partei) ist zunächst geprägt durch das *ideologische Erbe der II. Internationale*. Hervorzuheben ist hier vor allem ein *mechanistisches bzw. fatalistisches Geschichtsverständnis*, das den Sieg des Sozialismus als teleologisch vorherbestimmte, „eherne Notwendigkeit“/Zwangsläufigkeit ansieht und aufgrund dieses historischen „Unvermeidlichkeitspostulats“ zu einer vulgärmaterialistisch verkleideten dogmatisch-glaubensförmigen Grundeinstellung hinführt. Diese Verwandlung des historischen Materialismus in eine ökonomistische Prädestinationslehre hat unterschiedliche politische Konsequenzen: Sie fördert einerseits eine „attentistische“ Tendenz des Abwartens, der praktisch-politischen Passivität im Vertrauen auf den gesetzmäßigen Gang der Geschichte. Andererseits ist aber auch eine Motivierung voluntaristischer Tendenzen möglich. Ist die Gesetzmäßigkeit der Geschichte nämlich erst einmal erkannt und die Siegesgewißheit der „proletarischen Sache“ bewiesen, dann muß die Welt nicht mehr mühselig interpretiert werden, sondern dann kann man endlich „losschlagen“. Dieser *linksradikale Voluntarismus/Subjektivismus* ist zunächst nicht nur für Stalin allein charakteristisch, sondern gene-

rell innerhalb der bolschewistischen Führungsgruppe virulent: „Ihre revolutionären Biographien, die ganze Logik ihres früheren Kampfes, die Kampfatmosfera nach dem Oktober veranlaßten sie dazu, die in der berühmten Marxschen 11. These über Feuerbach enthaltene Idee zu übertreiben“ (Wodolasow 1990: 208).

2.) Eine wesentliche Quelle des Stalinismus bildet die „*kriegskommunistische*“ *Ideologie*, die sich innerhalb der Phase des militärischen Kampfes der Sowjetmacht gegen die vereinigte „innere“ und „äußere“ Konterrevolution in den Reihen der KPR(B) ausbreitet. Die Erfahrung des errungenen Sieges über den gewalttätigen konterrevolutionären „Klassenfeind“, die Reflexion der eigenen militärischen Durchsetzungsfähigkeit induziert ein *Selbstbewußtsein*, in dem die situationsspezifische „kriegskommunistische“ Regulierungsform als „bewährtes Konzept“ verabsolutiert und idealisiert wird und zugleich als „generative“ Grundlage dient für ein utopisch-voluntaristisches Erwartungsmuster hinsichtlich der Möglichkeiten des Aufbaus des Kommunismus in Sowjetrußland. Das „kriegskommunistische“ Regulierungssystem wurde nicht mehr als befristetes und aufgenötigtes Maßnahmbündel aufgefaßt, sondern als ein strategisches Konzept des beschleunigten Übergangs zur kommunistischen Produktion und Verteilung angesehen; d. h. als „Königsweg“ zur Aufhebung des Ziel-Mittel-Widerspruchs der Sowjetgesellschaft verkannt. Entsprechend wurde die NÖP als zeitweiliger (taktisch erzwungener) wirtschaftspolitischer Notbehelf interpretiert, während die „kriegskommunistische“ Linie als Paradigma der „eigentlichen“ proletarisch-revolutionären (Offensiv-)Strategie galt. Als exemplarische Artikulationsformen der „kriegskommunistischen“ Mentalität können die folgenden Äußerungen Trotzki's auf dem IX. Parteitag der KPR(B) vom 29.3.-5.4.1920 angesehen werden: „Man muß den Arbeitern sagen, wo sie sein müssen, sie umstellen und leiten wie Soldaten ..., der Zwang zur Arbeit wird seinen höchsten Grad während des Übergangs des Kapitalismus zum Sozialismus erreichen ..., die ‚Fahnenflüchtigen‘ der Arbeit werden in Disziplinierbataillone eingeordnet oder in Konzentrationslager gesteckt werden müssen. ... Die Militarisierung ist undenkbar ohne die Militarisierung der Gewerkschaften als solche, ohne die Errichtung eines Regimes, in dem jeder Werktätige sich als Soldat der Arbeit ansieht, der nicht frei über sich selbst verfügen kann; wenn er einen Versetzungsbefehl erhält, muß er ihn ausführen; wenn er ihn nicht ausführt, wird er zum Fahnenflüchtigen, der bestraft wird. Wer sorgt dafür? Die Gewerkschaft. Sie schafft das neue Regime. Das ist die Militarisierung der Arbeiterklasse“ (zit. n. Bettelheim 1975: 321).

Einen Kernaspekt der „kriegskommunistischen“ Ideologie bildet die Verabsolutierung der proletarischen Partei als „unfehlbare Instanz“, die im Interesse der Arbeiterklasse die „Diktatur der Proletariats“ garantiert und durch ihre bloße Existenz „die richtige revolutionäre Linie“ in Staat und Gesellschaft verbürgt. Da die Partei als zugleich „identisch“ mit dem Proletariat und diesem übergeordnet angesehen wird, erheischt sie nicht nur „grenzenloses“ Vertrauen, sondern ist berechtigt, auch Kontrolle und Zwang gegenüber den werktätigen Massen auszuüben, was wiederum als „Selbstdisziplin“ verklärt wird. Mögliche Widersprüche zwischen Partei-Klasse-Masse werden entweder geleugnet oder zugunsten der Partei (vor-)bewertet.<sup>8</sup>

Diese idealisierende Überhöhung der Partei als „unfehlbare Instanz“ sowie die damit verknüpfte Denkhaltung einer „Reinhaltung“ und „Einheit um jeden Preis“ erleichtert die Durchsetzung des Stalinschen Personenkults und die Verfestigung seiner bonapartistischen Machtusurpation. Gerade durch die stets wiederkehrende Anrufung und moralische Ausbeutung des Parteimythos gelang es Stalin, daß selbst ehemalige unversöhnliche Gegner seine Arbeiten als „Quintessenz des Leninismus dieser Epoche“ (Grigori Sinowjew) bejubelten oder aber wie Jewgeni Preobraschenski erklärten: „Stimme immer für Genossen Stalin, und du machst keinen Fehler“ (Plimak 1990: 110).

---

<sup>8</sup> „Die Gleichsetzung von Massen und eigenem Staat führt zu deren vollständiger Unterordnung, zur radikalen Negation sozialistischer Demokratie“ (Heuer 1989: 212).

## VI.

Die Entstehung, Durchsetzung und gesellschaftsstrukturelle Etablierung des Stalinismus kann nicht angemessen rekonstruiert werden, ohne dessen *sozialen Resonanz- und Nährboden* näher zu beleuchten. Welche sozialen Kräfte „trugen“ den Stalinismus in seiner „Durchsetzungsphase“? Zum einen wird in der sowjetischen Diskussion auf bedeutende Menschenmassen verwiesen, die keinen Anschluß an die mit der NÖP verbundenen neuen sozialökonomischen Beziehungen fanden und sich so verhielten, als wären sie von der Revolution im Stich gelassen worden. In diesem Kontext werden entwurzelte Bauern, „Pauper“ und „deklassierte“ Schichten angeführt, die sich von der Stalinschen „heroischen Mobilisationspropaganda“ angesprochen fühlten und „mitgerissen“ wurden (vgl. Garmasch 1990).

Wodolasow (1990) unterscheidet zwei soziale Formationen und auf deren Grundlage entstandene ideologische Strömungen innerhalb der russischen revolutionären Bewegung: einen *revolutionär-realistischen Flügel*, der den politisch entwickelten, zivilisierten (kultivierten) Teil der unterdrückten werktätigen Massen umfaßt und einen *linksrevolutionär-„kasernenkommunistischen“ Flügel*, der den ungebildeten, unentwickelten, leidenden Teil der Masse verkörpert. Beide Strömungen gingen Seite an Seite gegen den Zarismus, gegen den Kornilow-Putsch, gegen den Krieg, gegen die kapitalistische Ausbeutung und Rechtlosigkeit. Aber sie besaßen unterschiedliche gesellschaftspolitische Zukunftsvisionen und Wertvorstellungen<sup>9</sup>. Der „frühe Stalinismus“, so die These, habe sich immer stärker mit dem linksrevolutionär-kasernenkommunistischen Flügel verschmolzen und diesen in seiner „halbasiatischen Kulturlosigkeit“, in seiner durch die unmenschlichen Existenzbedingungen in der zaristischen Gesellschaft hervorgebrachten „Zerstörungswut“ und in seiner durch Allmachtvorstellungen genährten Masseneuphorie „populistisch bedient“. In diesen Schichten findet Stalin als „dogmatischer Popularisator des Marxismus“ und „primitiver Interpret der Leninschen Ideen“ (Wolkogonow) „glühendes Gehör“. Später, nach der Konsolidierung der Stalinschen Repressions- und Terrorapparate, wurde die Bürokratie zur adäquaten sozialen Basis des „reifen Stalinismus“: „Aus dem voluntaristischen Befehlssystem, das immer noch eine gewisse Verbindung zum Volk aufrechterhielt und sich auf den durch die Oktoberrevolution ausgelösten Enthusiasmus des Volkes stützte, verwandelte es sich Mitte der 30er Jahre in eine volksfeindliche Diktatur der Bürokratie, die sich auf die Macht der Straforgane und der Angst stützte“ (Wodolasow 1990: 215).

## VII.

Die Etablierung und Festigung des stalinistischen Machtsystems vollzieht sich auf der Grundlage der strategischen Verknüpfung von „Mobilisierung“ und „Disziplinierung“ der werktätigen Bevölkerung angesichts eines umfassenden *Strukturwandels der sowjetischen Arbeiterklasse*. Infolge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft sowie der forcierten Industrialisierung wird die Sozialstruktur der sowjetischen Gesellschaft tiefgreifend revolutioniert: „In 12 Jahren – vom Dezember 1926 bis Januar 1939 – wuchs die städtische Bevölkerung um fast 30 Mio auf 56,1 Mio, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 18 Prozent auf 33 Prozent. ... Der Anteil der Arbeiter und Angestellten (mit Familienangehörigen) an der Gesamtbevölkerung wuchs von 17,6 Prozent (1928) auf 50,2 Prozent (1939), der der Arbeiter allein von 12,4 auf 33,5 Prozent. Die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten wurde 1928 auf 11,4 Mio und 1937 auf 28,6 Mio beziffert“ (Meyer 1978: 45).

Den Kernaspekt dieser „Neuzusammensetzung“ der Arbeiterklasse bildete der *starke Zustrom bäuerlicher Arbeitskräfte* in den städtischen und industriellen Reproduktionszusammenhang. „Zwi-

<sup>9</sup> Wodolasow betont, „daß diese zwei Tendenzen in der russischen revolutionären Bewegung seit alters her und immer existierten. Das ist die ‚kasernenkommunistische‘, autoritäre (Saintschewski, Netschajew, Tkatschow ...) und die demokratische Tendenz, die auf die historische Selbständigkeit des Volkes setzte (Radistschew, Herzen, Lawrow, Dobroljubow, Tschernyschewski ...)“ (1990: 210f.).

schen 1926 und 1928 stammten etwa 40 Prozent aller neu eingestellten Arbeiter und Angestellten vom Dorf, zwischen 1929 und 1932 waren es 68 Prozent und zwischen 1933 und 1937 54 Prozent; der Zuwachs in der gesamten Zeitspanne von 1926 bis 1937 stammte zu 59,5 Prozent vom Dorf und zu 40,5 Prozent aus der Stadt“ (ebd.: 47). Diese agrarisch geprägten „neuen ArbeiterInnen“ besaßen in ihrer überwiegenden Mehrheit überhaupt keine oder nur geringe Qualifikationen für den industriellen Arbeitsprozeß, konnten sich nur schwer an den im Vergleich zu früher veränderten Arbeitsrhythmus anpassen und waren hinsichtlich ihrer politischen Erfahrungen und ihres gesellschaftlichen Bewußtseinsniveaus nicht mit jenem „proletarischen Kern“ zu vergleichen, der die Schule der Revolution, des Bürgerkriegs und der NÖP-Periode durchlaufen hatte. Hinzu kam, daß es sich bei einem großen Teil der Neubeschäftigten um sehr junge Arbeitskräfte handelte. „Während 1926 bis 1928 nur 30 Prozent der Neuzugänge unter 23 Jahre alt waren, stieg dieser Anteil in den Jahren zwischen 1929 und 1932, nachdem die Arbeitslosenkontingente ausgeschöpft waren, auf 70 Prozent. Der Anteil junger Arbeiter unter 23 Jahren wuchs in der Großindustrie von 24,7 Prozent (1930) auf 41,3 Prozent (1933)“ (ebd.: 49). Entsprechend vielfältig waren die betrieblichen Integrationsprobleme, die von den ökonomischen Leitungsorganen kaum bewältigt werden konnten. So gab es zu wenig Ausbilder; unsachgemäße Bedienung der Maschinen führte zu Produktionsausfällen; das Phänomen des häufigen Arbeitsplatzwechsels breitete sich aus.

Allgemein kann festgestellt werden, daß die im forcierten Industrialisierungsprozeß sich erweiternde und umstrukturierende Arbeiterklasse nicht zu einer homogen handelnden „Klasse für sich“ verschmilzt, sondern in unterschiedliche Gruppen mit divergierenden gesellschaftlichen Orientierungen zerfällt:

1.) Ein Teil der jungen, politisch und beruflich unerfahrenen, „neuen“ Arbeiter gelangte in die Kommunistische Partei, die, wie Haumann (1982) klarstellt, nicht bei den älteren Arbeitern, die den höchsten Qualifikations- und Bildungsgrad aufwiesen, am stärksten vertreten war, sondern bei den 23- bis 28jährigen. Diese „jungen Parteimitglieder waren offenbar leicht begeisterungsfähig, wenn es darum ging, kapitalistische Elemente innerhalb der Neuen Ökonomischen Politik zurückzudrängen und größere Schritte in Richtung auf den Sozialismus zu machen. Sie waren aber anscheinend auch ebenso schnell enttäuscht, wenn sich ihre weitgespannten Erwartungen nicht sofort erfüllten, sondern Schwierigkeiten auftraten und Rückschritte nötig waren. Diese Verhaltensweisen trafen mit einer weit verbreiteten Erschöpfung auch im alten Kern des Proletariats zusammen, von der in zeitgenössischen Berichten immer wieder die Rede ist“ (ebd.: 347). Einerseits war die Parteiführung bestrebt, den „Massenenthusiasmus“ durch gezielte Mobilisierungsmaßnahmen zu stimulieren („Sozialistischer Wettbewerb“; Erfinderbewegung; Gegenplanbewegung etc.) und mit der Agitation gegen „Abweichler“ gemäß einem simplifizierenden Freund-Feind-Schema zu verbinden; andererseits wurden spontane Bewegungen an der Basis wie die „Kommunebewegung“ (vgl. Schröder 1988: 284ff.) kanalisiert und letztlich unterbunden. Tatsache ist jedenfalls, daß angesichts verstärkter sozialökonomischer Probleme und zunehmender reglementierender Maßnahmen „von oben“ im Interesse der Effektivierung des stalinistischen Machtgefüges der Massenenthusiasmus erlahmt und sich 1931/32 Parteiaustritte häufen.

2.) Bei einem sicherlich nicht geringen Teil der proletarisierten Bauern ist in Rechnung zu stellen, daß er die Repressionen und katastrophalen Wirkungen der „Zwangskollektivierung der Landwirtschaft“ (s. u.) in einer Weise verarbeitet hatte, daß daraus eine reservierte bis ablehnende Haltung gegen die Staatsmacht resultierte. „Die Mehrheit dieser Gruppe war gegen die Versuchung sozialistischer Utopien resistent, sie wurde eher durch das Angebot materieller Vorteile motiviert“ (Schröder 1988: 291). Die nur schwer einzudämmende Fluktuation der Arbeitskräfte („Wandervogel“-Syndrom), Zunahme von Fehlstunden, vermehrte Eigentumsdelikte im Betrieb, Übergriffe gegen Stoßarbeiter, spontane Arbeitsniederlegungen wegen Heraufsetzung der Normen etc. zeugen jedenfalls

von durchaus vorhandener, wenn auch unkoordinierter und vielfach nur individueller Protestbereitschaft. In Reaktion auf diese offenen und verdeckten Protestaktivitäten, die in der stalinistischen Propaganda auf stereotype Weise „externalisiert“, d. h. den Kulakenknechten und Konterrevolutionären angelastet wurden, verschärfte die Parteiführung den administrativen Druck zwecks Disziplinierung der unbotmäßigen Werktätigen. Einerseits bildete sich im Zuge der Reform des Tarif- und Zuteilungssystems, das Stoßarbeiter systematisch begünstigte, eine pro-stalinistische Arbeiteraristokratie heraus<sup>10</sup>; andererseits wurde die Arbeitslosenunterstützung abgeschafft, der Arbeitsplatzwechsel gesetzlich erschwert und die Leistungen der Sozial- und Krankenversicherung von der Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängig gemacht etc.

3.) Süß (1985), der die forcierte Industrialisierung gemäß dem amerikanischen Entwicklungsmodell als Prozeß der Dequalifizierung, betrieblichen Disziplinierung/Unterwerfung sowie soziokulturellen Zersetzung der traditionellen sowjetischen Kernarbeiterschaft interpretiert und den „Fordismus“ als den produktionsorganisatorisch vergegenständlichten Ausdruck des „Stalinismus“ betrachtet, hat darauf hingewiesen, daß die objektive Lageverschlechterung eines Großteils der sowjetischen Arbeiterklasse infolge der „durchgreifenden“ Neuzusammensetzung subjektiv kaum bewußt widergespiegelt wurde:

„Die Hierarchisierung der innerbetrieblichen Strukturen etwa wurde von Menschen, die den Betrieb der NEP-Periode gar nicht gekannt hatten, nicht als politischer Prozeß erlebt, sondern als Konfrontation mit einer vorgegebenen Struktur. Die Verschlechterung der Realeinkommen der Arbeiterschaft bedeutete für jene Neuarbeiter, die vom Land kamen, nicht unbedingt eine Verringerung ihrer Individualeinkommen; diese neuen Löhne stellten für viele individuell eine Verbesserung ihrer Einkommenssituation dar. Die Dequalifikation der Gesamtarbeiterschaft ging für breite Massen, eben die ungeschulten Neuarbeiter, mit einer Verbesserung ihrer Qualifikation einher. Die forcierte Industrialisierung mit ihren ‚irrationalen‘ Wachstumstempi und der dadurch bedingten ‚überplanmäßigen‘ Ausweitung der Arbeiterschaft hatte, von daher betrachtet, wenigstens zum Teil für die soziale Integration funktionalen Charakter“ (Süß 1985: 184).

4.) Einen wesentlichen Wirkungsfaktor der stalinistischen Machtdurchsetzung und -sicherung bildet die organische Synthese aus a) der objektiven Aufstiegsmobilität eines gigantischen Industrialisierungsprozesses; b) den subjektiven Aufstiegsaspirationen eines Teils der Werktätigen; und c) der bewußten Rekrutierung einer systemkonformen Arbeiterintelligenz als strategisches Moment der Parteiführung. Zum einen war der Bedarf an Fach- und Führungspersonal aufgrund der Industrialisierung enorm: „In der Schwerindustrie z. B. stieg die Zahl der Leitungskader zwischen 1930 und 1933 beinahe auf das dreifache. Mindestens eine halbe Million Personen rückten zwischen 1928 und 1933 in Führungspositionen auf unterer, mittlerer und oberer Ebene ein, allein 229.000 hatten in diesem Zeitraum ein Hochschulstudium abgeschlossen, eine weitere Million studierte Ende 1933 noch an Hoch- und Fachschulen“ (Schröder 1988: 353). Auf der „subjektiven Seite“ wirkte die Aufstiegsenerwartung gleichermaßen motivierend und disziplinierend und begünstigte die aktive Unterstützung der Kampagnen gegen die „Schädlinge“, für die „Säuberung“ der Partei, gegen die „rechte Abweichung“ etc., in denen man sich (subjektiv) karrierefördernd hervortun konnte und damit (objektiv) die Machtstrategie der Stalin-Gruppe absichern half. Die Konstituierung der neuen sowjetischen Oberschicht als Prozeß des Zusammenwachsens von Aufsteiger-Interessen und Machtinteressen der Stalinschen Führungsgruppe ist demnach als zentraler Aspekt der Etablierung des stalinistischen Systems anzusehen.

---

<sup>10</sup> „Es entstand eine privilegierte Schicht, deren materielle Lage sich vom Arbeiterdurchschnitt deutlich abhob, und die bereit war, sich für die Steigerung der Produktivität und teilweise wohl auch für die Stabilisierung der innerbetrieblichen Herrschaft einsetzen zu lassen. Mit Hilfe dieser Gruppe konnten Parteiorganisation und Betriebsleitung Steigerung des Arbeitstempos, Normanhebung und Maßnahmen zur Festigung der Arbeitsdisziplin gegen den Rest der Belegschaft durchsetzen“ (Schröder 1988: 311).

Zieht man ein Fazit, dann muß die „subjektive Bedeutung“ des Stalinismus als mehrdimensionales Phänomen beschrieben werden:

- 1.) Ein Teil der im Zuge der sozialen Umbrüche des Industrialisierungsprozesses in ihren sozialen (agrarisch-bäuerlichen) Identitäten erschütterten und/oder durch die zahlreichen gesellschaftsstrategischen Wechselfälle psychisch verunsicherten und labilisierten Werktätigen mit einem z. T. niedrigen kulturellen Aneignungsniveau findet im Stalinschen Personenkult und der ihm entsprechenden Legitimationsideologie ein (re-)stabilisierendes Sinnsystem mit rückhaltgebenden Identifikationsmöglichkeiten und integrativen Orientierungen.
- 2.) Ein aufstiegsorientierter aktivistischer Teil der „BestarbeiterInnen“ wird im Kontext gesetzmäßiger Mobilisierungsprozesse einer entstehenden „Industriegesellschaft“ über hierarchische Karrieremuster in die „neue Oberschicht“ rekrutiert und erfährt im Rahmen machtsichernder Kampagnen/Säuberungsaktionen seine funktionale politische Sozialisation.
- 3.) Dysfunktionale Elemente, Personen, die in das Schema der „inneren Feinderklärung“ passen oder (latente) Protesthaltungen signalisieren, werden administrativ diszipliniert, terrorisiert, fusiliert oder der „Lagerökonomie“ überantwortet<sup>11</sup>.
- 4.) Der Großteil der Bevölkerung wird durch „Lernen am abschreckenden Beispiel“, Feindbildindoktrination und offizielle Normvorgaben in Verbindung mit „Strafangst“ diszipliniert.

## VIII.

Die Stalinsche Praxis der ökonomischen Ausplünderung und „Zwangskollektivierung“ der Landwirtschaft im Interesse einer forcierten Industrialisierung gilt in traditionskommunistisch orientierten Kreisen als historisch unvermeidliche Maßnahme, zu der es – angesichts der „kapitalistischen Einkreisung“ der Sowjetunion und der heraufziehenden Gefahr des Faschismus<sup>12</sup> – keine Alternative gegeben habe. Zwar soll das Erfordernis eines beschleunigten Industrialisierungstempos für die Sowjetunion Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre nicht in Abrede gestellt werden. Zu kritisieren ist aber eine im Kern „mono-deterministische“ Sichtweise, die den – Alternativen enthaltenden – Möglichkeitsraum historischer Entscheidungssituationen faktisch ausblendet, die gewählte stalinistische Form der Industrialisierung a posteriori verabsolutiert und damit im Endeffekt den Stalinismus zumindest partiell verteidigt/legitimiert. In diesem historischen „Unvermeidlichkeitsdenken“ wird zudem das komplexe gesellschaftsstrukturelle, ökonomische, soziokulturelle und antihumanistische *Destruktionspotential* der stalinistischen Methode des „sozialistischen“ Aufbaus nur unzureichend erfaßt und nicht systematisch in Rechnung gestellt. In diesem Zusammenhang möchte ich auf folgende Aspekte hinweisen:

- 1.) Wie Kowaltschenko (1989: 521f.) betont, gab es sehr wohl eine Alternative zur antileninistischen Zerschlagung der Grundlagen der NÖP und zur Errichtung des bürokratisch-zentralistischen Kommandosystems. Gestützt auf ein Volk, das in der Lage gewesen war, die Notwendigkeit des

---

<sup>11</sup> Es darf keinen Moment vergessen werden, daß der Ausbau und die Perfektionierung der Repressionsapparate die elementare („absichernde“) Seite der Stalinistischen Machtdurchsetzung darstellt (vgl. Lorenz 1979).

<sup>12</sup> In dieser Sichtweise bleiben folgende Aspekte im Prinzip unberücksichtigt:

- 1.) Mit der Durchsetzung der stalinistischen Sozialfaschismusthese innerhalb der KOMINTERN wurde das kapitalismusimmanente antifaschistische Widerstandspotential (mit-)entscheidend desorientiert und geschwächt (vgl. Schirinja 1990);
- 2.) Aufgrund der terroristischen Liquidierung der Führungskader der Roten Armee sowie der flagranten Unterschätzung der konkreten Vorbereitungen des faschistischen Überfalls trug die Stalinsche „Realpolitik“ wesentlich zur vermeidbaren Selbstschwächung bei. „Der Krieg hätte wesentlich verkürzt, Millionen an Toten hätten vermieden werden können, wären die Massenrepressalien gegen die Rote Armee sowie andere unsinnige Maßnahmen vermieden worden, die eindeutig auf Stalins Konto gehen“ (Judick, Steinhaus 1989: 37).

Sturzes der alten Ordnung zu verstehen, habe die reale Alternative zum Zwangszentralismus im Aufbau eines demokratisch- zentralistischen Systems existiert.

Auch Bordjugow/Koslow (1990: 94). vertreten die Ansicht, daß es ohne Gewaltanwendung möglich gewesen wäre, die Kollektivierung zu forcieren. „Man hätte sich dabei auf die patriotische Gesinnung der Bauern, auf ihr Vertrauen in die Sowjetmacht, auf jenes moralische Kapital stützen können, über das die Partei zu jener Zeit verfügte. Man hätte direkt auf die Kriegsgefahr hinweisen können, ein Argument, das den Bauern durchaus verständlich gewesen wäre, die bereit waren, alles für den Frieden zu tun, nur um nicht die Sowjetmacht zu verlieren. Man hätte in Rechnung stellen können, daß sich bei den ärmsten und schwächsten Bauern Enttäuschung über die Einzelwirtschaft ausbreitete, und schließlich hätte man indirekte ökonomische Zwänge aktivieren können.“<sup>13</sup>

2.) Bucharin, der Ende der 20er Jahre gegenüber Stalin als Verfechter der Leninschen Ideen auftrat, die NÖP im Interesse des Sozialismus anzuwenden, sprach sich entgegen einer weitverbreiteten Legende *für* ein rasches Industrialisierungstempo aus. Allerdings kritisierte er scharf, die „sozialistische Industrialisierung“ als parasitären Prozeß zu Lasten der Landwirtschaft zu vollziehen. Ferner wies er darauf! hin, daß Voluntarismus und Gelder allein nicht den Fortschritt in der Industrie bewirken könnten. Man benötige geschultes Personal, entsprechende Technik und Zeit, die Ideen zu verwirklichen, ansonsten werde der Bogen des Kapitalaufwandes überspannt, was eine Reduzierung des Entwicklungstempos und wachsende Disproportionen zur Folge hätte.

3.) Hervorzuheben sind die destruktiven Resultate der „Zwangskollektivierung“ der Landwirtschaft:

a) „Der Bruttoertrag an Getreide machte 1933 und 1934 im Durchschnitt rund 680 Mill. Dezitonnen aus – das waren die niedrigsten Erträge seit 1921 ... Die Rindbestände verringerten sich von 60,1 Mill. Stück 1928 auf 33,5 Mill. 1933, der Bestand an Schweinen ging von 22 auf 9,9 Mill., der an Schafen von 97,3 auf 32,9 Mill. (1934) zurück. Die Zahl der Pferde sank von 32,1 Mill. auf 14,9 Mill. (1935). Das Dorf lebte von der Hand in den Mund“ (Danilow 1989: 136).

b) Infolge extrem repressiver Getreidebeschaffungsmaßnahmen – die Getreidepreise auf dem Weltmarkt waren infolge der Weltwirtschaftskrise rapide gesunken – brach in den Jahren 1932-1933 eine Hungersnot auf dem Dorf aus, in deren Verlauf ca. 3-4 Millionen Menschen starben.

c) Enteignet wurden nicht nur Kulaken, sondern auch jene Mittelbauern, die sich dem Eintritt in die Kolchose widersetzen. Eine Folge dieser gewaltsamen Kollektivierung war eine massive Protestbereitschaft bis hin zu antisowjetischen Erhebungen.

d) Im Kontext der „Entkulakisierung“ der Dörfer wurden nicht etwa hauptsächlich Arbeitskräfte für den Industrialisierungsprozeß freigesetzt, sondern eine riesige Menschenmasse physisch vernichtet und damit – von der moralischen Katastrophe einmal ganz abgesehen – dem „gesellschaftlichen Gesamtarbeiter“ ein schwerer Schaden zugefügt.

e) Im Vollzug der Zwangskollektivierung wurde ein Typ von Bauer hervorgebracht, der von dem bewirtschafteten Land und den Ergebnissen seiner Arbeit zunehmend entfremdet wurde, kaum über Selbstbestimmungsmöglichkeiten verfügte und sich an den materiellen Resultaten seiner Arbeitstätigkeit immer stärker desinteressiert zeigte.

---

<sup>13</sup> Auch Merl (1985, z. B. S. 401ff.), der den ökonomisch irrationalen und inkompetenten Charakter der „Zwangskollektivierung“ herausarbeitet, umreißt anhand detaillierter empirischer Daten alternative Kollektivierungsmöglichkeiten.

f) Nach den Berechnungen von Barsov ist davon auszugehen, daß die Abschöpfung des agrarischen Mehrprodukts zugunsten der forcierten Industrialisierung gemäß dem Modell der „ursprünglichen sozialistischen Akkumulation“ de facto nicht realisiert worden ist. „Die ab 1929 von der KPdSU verfolgte Agrarpolitik verliert damit ihre einzige ökonomische Begründung und muß daher vom wirtschaftlichen Standpunkt aus in jeder Hinsicht als ein Fiasko bezeichnet werden.

Die landwirtschaftliche Bruttoproduktion sank von 1928 bis 1933 insgesamt um 20 %, und die Bruttoproduktion der Viehzucht gar um rund 50 % ab. Mit Ausnahme der Jahre 1937 und 1940 erreichte die Agrarproduktion ihr Niveau von 1928 vor dem Krieg nicht wieder, die Viehzucht erreichte es überhaupt nie. Die landwirtschaftliche Pro-Kopf-Produktion blieb die gesamte Stalin-Ära unter ihrem Vorkollektivierungsniveau. Die Hektarerträge der wichtigsten Produkte stagnierten oder sanken“ (Weißenburger 1982: 159f.).

4.) Auf dem XV. Parteitag der KPdSU(B) im Dezember 1927 wurde eine wirtschaftspolitische Linie bekräftigt, die beinhaltete, „durch Rationalisierung, Sparsamkeit und Abbau der Bürokratie die Aufwendungen in der Industrie zu verringern und deren Akkumulation zu vergrößern; zugleich sollten mehr Waren für das Dorf bereitgestellt werden, damit von dort mehr Getreide sowohl für die Städte als auch für den Export kommt“ (Lacis 1988: 370). Ferner wurden Direktiven zur Aufstellung des ersten Fünfjahrplanes beschlossen, die eine realistische und ausgewogene Strategie des wirtschaftlichen Aufbaus vorsahen.<sup>14</sup> Von dieser Linie wich Stalin zunehmend ab, verkehrte sie ins Gegenteil und nahm willkürliche Veränderungen in den Planzielen vor, um seine Position des „Anpeitschens“ und der „Beschleunigung um jeden Preis“ durchzusetzen. Die Folge war die „subjektive“ Induzierung von Disproportionen, Reibungsverlusten und Rückschlägen an der „Wirtschaftsfront“. Um zu verschleiern, „daß trotz der Versicherungen Stalins sich schon seit 1931 das Wachstumstempo der Industrie verlangsamte, einschneidende Verschlechterungen aller Qualitätsfaktoren für die Arbeit der Betriebe zu beobachten waren und die Pläne nicht erfüllt wurden“ (Leltschuk/Koschelewa 1989: 317), ging man zur Manipulation von Zahlen über oder aber untersagte die Veröffentlichung wirtschaftsstrategischer Daten. Die Konsequenz war die Herausbildung einer *desinformierten Zentralverwaltungswirtschaft*.

Fazit: Die stalinistische Form der Industrialisierung der Sowjetunion verursachte aufgrund ihrer terroristischen Willkür, ihrer voluntaristischen Übersteigerung und ihrer barbarischen Maßlosigkeit maximale „Kosten“ (Todesopfer; materielle Ressourcen etc.), die historisch durchaus zu vermeiden gewesen wären.

## IX.

Eine der zentralen geistigen Spätfolgen der stalinistischen Propaganda ist in dem zählebigen Gerücht zu sehen, im Ergebnis der Zerschlagung der Grundlagen der NÖP, der Zwangskollektivierung und der forcierten Industrialisierung sei in der UdSSR in den 30er Jahren ein sozialistisches Gesellschaftssystem entstanden. Eine solche Sichtweise steht nicht nur in schroffem Gegensatz zu Lenins Hinweis, daß „der siegreiche Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist“ (Lenin 1981: 145), sondern verharrt darüberhinaus im engen Horizont der doktrinären

---

<sup>14</sup> Die Resolution des XV. Parteitages enthielt z. B. folgende bemerkenswerte Aussagen: „Nicht richtig ist die Forderung, ein Maximum an Mitteln aus dem Bereich der bäuerlichen Wirtschaft in den Bereich der Industrie ‚umzupumpen‘; denn diese Forderung bedeutet nicht nur einen politischen Bruch mit der Bauernschaft, sondern auch eine Untergrabung der Rohstoffbasis der Industrie selbst, eine Untergrabung ihres Binnenmarktes, eine Untergrabung des Exports und eine Verletzung des Gleichgewichts des gesamten volkswirtschaftlichen Systems. ... Hier ist nicht von einem Höchsttempo der Akkumulation im *nächsten* Jahr oder in einigen Jahren auszugehen, sondern von einem solchen Verhältnis der Elemente der Volkswirtschaft, welches *langfristig* das höchste Entwicklungstempo gewährleistet. ... Zu achten ist auf die Entwicklung der *örtlichen Kleinindustrie*, von Handwerk und Gewerbe, welche gegenwärtig eine unbedingt notwendige Ergänzung zur staatlichen Großindustrie und zur Beseitigung des Warendefizits sowie zur Abschwächung der Arbeitslosigkeit beitragen“ (zit. n. Lacis 1988: 364f.).

stalinistischen „Sozialismustheorie“. Kernaspekt dieser vulgär-dogmatischen Sozialismusversion ist die Auffassung, daß die Ersetzung des Privateigentums an Produktionsmitteln durch Staatseigentum gleichbedeutend sei mit der Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse<sup>15</sup>. Sehr treffend hat Molotow dieses stalinistische Credo artikuliert: „Darin liegt doch das eigentliche Wesen des Sozialismus – eine staatliche Wirtschaft zu lenken“ (zit. n. Leltschuk/Koschelewa 1989: 317). Demgegenüber ist die stalinistische Methode des „Aufbaus des Sozialismus“ als systematische Negierung der Wesensgrundlagen des Sozialismus anzusehen:

- a) Die gewaltsame Beseitigung sämtlicher Formen des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Schaffung eines administrativ-bürokratisch reglementierten Staatseigentums mit dem Effekt der Hervorbringung kommandierter, desinteressierter, demotivierter und „entfremdeter“ „unmittelbarer Produzenten“ bedeutet eine elementare Verzerrung der sozialistischen Vergesellschaftungsperspektive.
- b) Die Umfunktionierung der Sowjets in bloße Akklamationsorgane der Partei- und Staatsmacht sowie die Schaffung eines repressiv-terroristischen Apparates zur Unterdrückung, Einschüchterung und Verfolgung breiter Teile der Bevölkerung bedeutet eine flagrante Verletzung des politischen Sinns des Sozialismus, der darin besteht, die Volksmassen zum bewußten Subjekt des gesellschaftlichen Lebensprozesses werden zu lassen.
- c) In geistig-moralischer Hinsicht bedeutet der Stalinismus totale Negation des revolutionären Humanismus als tragendem Fundament der sozialistischen Kultur.

In dem beeindruckenden Zirkularbrief des „Bundes der Marxisten-Leninisten“ unter der Überschrift „An alle Mitglieder der KPR (B)“ (1993), verfaßt von M. N. Rjutin<sup>16</sup> und datiert vom Juni 1932, wurde bereits das Wesen der Stalinschen Konterrevolution und die damit verbundenen gesellschaftlichen Deformationen prägnant dargestellt. In scharfer Form benennt die „Rjutin-Plattform“ die Grundzüge der Stalinschen Diktatur: Mittels Irreführung, Verleumdung und Terror habe Stalin die besten bolschewistischen Kader aus der Führung verdrängt. „Er hat in der KPR(B) und im ganzen Land seine persönliche Diktatur errichtet, mit dem Leninismus gebrochen und geriet auf einen Kurs des zügellosesten Abenteuerertums und wilder persönlicher Willkür. Damit trieb er die Sowjetunion an den Rand des Abgrunds ... Das Politbüro, das ZK des Komsomol, die Sekretäre der Gebietskomitees verwandelten sich im Ergebnis der Veränderungen des Parteilebens und des ‚18. Brumaires Stalins‘ in eine Bande prinzipienloser, verlogener und feiger Politikaster“ (ebd.: 155/157). Gerügt werden das abenteuerliche Tempo der Industrialisierung und dessen negative Folgen wie beträchtliche Lohnsenkungen, untragbar hohe Steuern, Preissteigerungen und Verfall des Rubels.

---

<sup>15</sup> Korrekt ist m. E. die Position von Tatjana Saslawskaja (1989: 27): „Ohne Abschaffung (oder zumindest Beschränkung) des Privateigentums an Produktionsmitteln kann die Ausbeutung nicht ausgemerzt werden. Aus diesem Grund ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel eine unerläßliche Vorbedingung zum Sozialismus. Es darf aber die Vorbedingung oder Voraussetzung dafür, daß irgendeine Erscheinung auftritt, nicht mit dieser Erscheinung selbst verwechselt werden. Deswegen erscheint das gesellschaftliche (oder genauer: staatliche) Eigentum an Produktionsmitteln an und für sich bei weitem nicht als Garantie für den Aufbau des Sozialismus. Es schließt leider weder Armut aus, noch Ausgrenzung der Arbeitskräfte aus dem aktiven politischen Leben, und nicht einmal die massive Vernichtung von Menschenleben. Daraus geht hervor, daß der Sozialismus in der Sowjetunion noch lange nicht aufgebaut ist.“

<sup>16</sup> Martemjan Nikitisch Rjutin (1890-1937), Parteimitglied seit 1914, hatte zunächst als Militärfunktionär im Apparat des ZK und später als Sekretär eines Moskauer Stadtbezirks gearbeitet. Nachdem er 1928 die „Rechten“ unterstützt und 1929/1930 als offizieller Berichterstatter die Zwangskollektivierung kritisiert hatte, wurde er aufgrund einer Denunziation aus der Partei ausgeschlossen, kurz darauf verhaftet, aber nach kurzer Zeit wegen mangelnder Beweise freigelassen. Rjutin wird die Autorenschaft der 194 Seiten umfassenden Broschüre „Stalin und die Krise der proletarischen Diktatur“ zugeschrieben. Am 21. August 1932 referierte er auf einer Konferenz des „Bundes der Marxisten-Leninisten“ zum Thema „Die Krisis der Partei und der proletarischen Diktatur“. Am 22. September wurde Rjutin von der OPGU verhaftet und am 10. Januar 1937, nachdem er kein Geständnis abgelegt, sondern bis zum Schluß seine Unschuld bekräftigt hatte, erschossen. (Zu Rjutin vgl. Bullock o. J.: 397-401 und Vogt 1993.)

Da die von Stalin angezettelte Form der Industrialisierung auf einer ungeheuerlichen Verwüstung, Verelendung und Hungersnöten im ganzen Land basiere, sei sie nicht wirklich sozialistisch und könne demzufolge nicht zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft führen. Aufgezeigt werden ferner die katastrophalen Folgen der Zwangskollektivierung und der Ausplünderung der Landbevölkerung. Neben der wirtschaftspolitischen Desorganisation und Desinformation prangert der Rundbrief die diktatorische Gleichschaltung der Presse sowie die umfassende Zerstörung der revolutionären Rechtmäßigkeit an. Auch die antileninistische Führung der Komintern wird hervorgehoben: „Die Komintern, Stab der kommunistischen Weltrevolution, wurde zu einer primitiven Amtsstube Stalins, in der feige Beamte sitzen, die gehorsam den Willen ihres Leiters ausführen, die Angelegenheiten der kommunistischen Parteien nicht qualifiziert behandelnd“ (ebd.: 158). Nach Ansicht des „Bundes der Marxisten-Leninisten“ hätte nicht einmal der genialste antikommunistische Provokateur sich besseres ausdenken können als die Führung unter Stalin und seiner Clique. Deshalb ruft er „alle ehrlichen Leninisten auf, allerorts Zellen eines Bundes zur Verteidigung des Leninismus zu organisieren und sich unter seiner Flagge für die Liquidierung der stalinistischen Diktatur zusammenzuschließen“ (ebd.: 161).

Natürlich kann man in langwierigen und mitunter sophistischen Diskursen darüber räsonieren, ob der oppositionell-bolschewistische Aufruf zum Sturz der stalinistischen Diktatur 1932 noch hätte erfolgreich sein können. Im vorliegenden Kontext ist jedenfalls hervorhebenswert, daß bereits 1932 ein relativ präzises und umfassendes stalinismuskritisches Analysekonzept in Verbindung mit einer revolutionären antistalinistischen Handlungsorientierung existierte. Das heißt die Akzeptanz der „stalinistischen Generallinie“ war keine „eherne“ situationsgebundene Notwendigkeit; vielmehr war die kognitive Möglichkeit zum begreifenden Erkennen der stalinistischen Deformation und ihrer verheerenden Wirkungen durchaus vorhanden und wurde auch subjektiv realisiert. Allerdings war die Realisierung dieser Möglichkeit gebunden an die bewußte Entscheidung zugunsten der Wahrheitsorientierung und das bedeutete konkret: gegen die autoritative Fixierung auf die zur moralischen Superinstanz überhöhten „Partei“. So bedeutete folgende Einschätzung des italienischen Komintern-Funktionärs Tasca 1929 unweigerlich den Ausschluß aus der IKP: „Stalin ist ein Plagiator und kann nichts anderes sein, da er in intellektueller Hinsicht durchschnittlich und überhaupt nicht schöpferisch ist, weshalb er Trotzki, Bucharin und andere insgeheim um ihre intellektuelle Überlegenheit, die er ihnen nicht verzeihen kann, beneidet. Er benutzt ihre Ideen gelegentlich, von Fall zu Fall, je nach den Umständen. Und nachdem er sich diese Ideen zu eigen gemacht hat, geht er zum Angriff gegen die Bestohlenen über, da für ihn nicht Prinzipien wichtig sind, sondern das Monopol auf die Macht. Durch diese Politik und diese Methoden ist Stalin in Rußland der Träger der Konterrevolution, ein Mensch, der – solange er freie Hand hat – den Geist und die Errungenschaften der Oktoberrevolution zerstört. Zwischen Stalin und Lenin klafft ein Abgrund. Als größtes Unglück, das nach Lenins Tode in Sowjetrußland geschehen konnte, betrachte ich die Tatsache, daß sich die gesamte Macht in Stalins Händen konzentriert. Der russischen Partei und uns allen wird es teuer zu stehen kommen, daß wir Lenins klare Hinweise nicht berücksichtigt haben“ (zit. n. Firsov 1992: 63).

Wie läßt sich nun das stalinistische Gesellschaftssystem, das sich in der UdSSR seit Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre herausbildete und strukturell verfestigte, näher bestimmen? Die Oktoberrevolution als erste siegreiche antikapitalistische Revolution in der Geschichte eröffnete für Rußland die Möglichkeit eines nichtkapitalistischen Entwicklungspfades zur Schaffung der Grundlagen der modernen Zivilisation als Voraussetzung für den späteren Übergang zum Sozialismus. Damit konstituierte sich eine revolutionäre *Übergangsgesellschaft*, die unter den konkret-historischen Ausgangsbedingungen Rußlands eine bürgerlich-kapitalistische Entwicklungslogik negierte, ohne die ökonomischen, politischen und kulturellen Errungenschaften der entwickelten kapitalistischen Länder aufheben zu können.

Gestützt auf die politische (Staats-)Macht der revolutionären Arbeiter und Bauern und angesichts des *gemischten ökonomischen Formationstyps* der russischen Gesellschaft<sup>17</sup> entwarf und modifizierte Lenin anhand einer sukzessiven Analyse der konkreten Bedingungen das bereits skizzierte Projekt einer Zwischenperiode (vgl. II.) als notwendige Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus. Indem Stalin dieses Projekt umfassend negierte und durch eine voluntaristisch-diktatorische Gesellschaftsstrategie ersetzte, wurden nicht etwa die Grundlagen des Sozialismus geschaffen, sondern vielmehr die Mechanismen des zivilisatorischen Fortschritts und damit die Prämissen des Sozialismus zerstört. Auf diese Weise manövrierte der Stalinismus die sowjetische Gesellschaft in eine historische Sackgasse, aus der sie bis heute nicht herausgefunden hat.

Strukturell ist das stalinistische System zu begreifen als allseitige Deformation der revolutionären Übergangsgesellschaft und deren schließliche Transformation in eine Gesellschaftsordnung neuen Typs, die sich in das klassische Formationsschema nicht eindeutig einordnen läßt<sup>18</sup>. Als grundlegende Charakteristika dieses Systems lassen sich folgende Merkmale hervorheben:

- 1.) Bürokratisch reguliertes Staatseigentum an Produktionsmitteln;
- 2.) Installierung eines zentralistisch-administrativen Kommandosystems der Wirtschaftsleitung;
- 3.) Ein gleichmacherisches System der Entlohnung und Leistungsbewertung für die Masse der unmittelbaren Produzenten;
- 4.) Die Etablierung einer privilegierten Klasse von Spitzenfunktionären der Partei-, Staats- und Wirtschaftsbürokratie, die in sich hierarchisch strukturiert ist und gestützt auf den von ihr usurpieren Staatsapparat die Aneignung und Anwendung des gesellschaftlichen Mehrprodukts realisiert. Das auf die erweiterte Reproduktion von Privilegien gerichtete Interesse dieser *bürokratischen Funktionärsklasse*<sup>19</sup> steht in antagonistischem Widerspruch zu den ökonomischen, sozialen, politischen und geistig-kulturellen Entwicklungsinteressen der Masse der Werktätigen.
- 5.) Umfassende Entsubjektivierung der Volksmasse und Entpersönlichung der gesellschaftlichen Individuen;

---

<sup>17</sup> Folgende „Elemente der verschiedenen gesellschaftlichen Wirtschaftsformen ..., die es in Rußland gibt“, zählt Lenin im Mai 1918 auf: „1. die patriarchalische Bauernwirtschaft, die in hohem Grade Naturalwirtschaft ist; 2. die kleine Warenproduktion (hierher gehört die Mehrzahl der Bauern, die Getreide verkaufen); 3. der privatwirtschaftliche Kapitalismus; 4. der Staatskapitalismus; 5. der Sozialismus“ (Lenin 1971b: 395).

<sup>18</sup> Was dennoch immer wieder versucht wird und zu solchen logisch-semantischen Absonderlichkeiten führt wie: Feudosozialismus; Sklavenhaltersozialismus; Rohkommunismus etc. Wenn man sich auf diesen Zuordnungszwang einlassen will, dann wäre das stalinistische System in seiner Affinität zur asiatischen Produktionsweise zu untersuchen. Vgl. Wassiljew 1989.

<sup>19</sup> Während in der marxistischen Klassentheorie „herrschende Klassen“ – gemäß den von Marx, Engels und Lenin analysierten klassenantagonistischen Gesellschaftsformen – als „Klassen von Privateigentümern an Produktionsmitteln“ bestimmt werden, handelt es sich bei der bürokratischen Funktionärsklasse stalinistischen Zuschnitts um eine „herrschende Klasse neuen Typs“ mit einem spezifischen Mechanismus der Privilegiendurchsetzung, -behauptung und -erweiterung. Wesentlich scheint mir die von Süß (1985: 194) formulierte Definition von Herrschaftskonstitution als doppelter Prozeß zu sein:

„- die Strukturierung des Reproduktionsprozesses in einer Form, die eine dauerhafte Differenz zwischen den Trägern anleitender und ausführender Funktionen setzt und die Zugehörigkeit zum jeweiligen Funktionsbereich zum entscheidenden Bestimmungsgrund für die gesellschaftliche und politische Position des jeweiligen Rollenträgers macht;  
- die Durchsetzung dieser Strukturen als Ausdruck gegensätzlicher gesellschaftlicher Interessen, so daß diejenigen, die an der Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie stehen, und diejenigen, die in Abhängigkeit von dieser „Spitze“ deren Interessen wahrzunehmen haben auf der einen Seite und die, die auf der anderen Seite rein ausführende Arbeiten zu verrichten haben, in systematischen Gegensatz gestellt werden; als grundlegende gesellschaftliche Interessen, die in Gegensatz stehen, gelten: die Aufteilung des gesellschaftlichen Konsumtionsfonds, die zunehmende bzw. sich verringende Bedeutung der jeweiligen Funktion im Produktionsprozeß für die gesellschaftliche bzw. politische Position, die Entwicklung der Struktur des Produktionsprozesses und des politischen Entscheidungsprozesses unter der Perspektive einer Aufhebung (bzw. Vertiefung) hierarchischer gesellschaftlicher Differenzierung.“

- 6.) „Verstaatlichung“ der Partei als „organisatorisches“ Monosubjekt der politischen Herrschaft;
- 7.) Unterwerfung des gesamten Herrschaftsapparates unter die bonapartistische Diktatur einer Einzelperson;
- 8.) Die Existenz eines terroristisch-despotisch funktionierenden Repressions- und Überwachungsapparates;
- 9.) Systematische „symbolische“ Ausbeutung des „Marxismus-Leninismus“ als Legitimationsideologie der Diktatur der Partei- und Staatsbürokratie über das Volk;
- 10.) Organisierung affirmativer (quasi-religiöser) Kulthandlungen in Form von Kundgebungen, Aufmärschen, Feiern u. ä. zwecks Huldigung Stalins als personaler Leitfigur des Systems.

Der tiefere Grund für die Stagnation und den schließlichen Verfall des stalinistischen Gesellschafts-systems ist in der strukturell angelegten Unfähigkeit zur Generierung selbstkorrigierender/-optimie-render Prozesse, Instanzen, Triebkräfte etc. zu sehen. Das heißt, *die stalinistische Gesellschaftsform tendiert zur Selbsteliminierung der Eigendynamik und Widerspruchsverarbeitungskapazität des so-zialen Tätigkeitssystems*. Folgende ineinander greifende Selbstblockierungsmechanismen sind hier-für verantwortlich:

1. Die Erzeugung eines sich fortschreitend erweiternden Informationsdefizits aufgrund
  - a) der systematischen Abkapselung gegenüber einer eindimensional als „feindlich“ begriffenen Systemumwelt (Syndrom des „Eisernen Vorhangs“);
  - b) der zwanghaften Isolierung der Gesellschaftsmitglieder gegenüber Erfahrungen außerhalb der Systemgrenzen (Verwehrung von „Freizügigkeit“);
  - c) der Unterbindung einer pluralen selbstkritisch reflektierenden „Öffentlichkeit“ im Rahmen eines sozialistischen Grundkonsenses (Verzicht auf antizipatorische Aufdeckung von Systemwider-sprüchen und damit ermöglichter „wetteifernder“ Problemlösungsmodelle/-vorschläge);
  - d) die Fixierung eines Informationsmonopols der Partei- und Staatsführung sowie der wirt-schaftsleitenden Organe als „Basis“ des administrativ-bürokratischen Kommandosystems.
2. Die allseitige herrschaftsstrukturelle *Paralysierung des („subjekthaften“) Kreativitätspotentials* der Gesellschaft durch
  - a) Massenrepressalien und damit verbundene Angst, Einschüchterung und Verunsicherung;
  - b) Ausschluß der „unmittelbaren Produzenten“ von der Regelung des gesamtgesellschaftlichen (Re-)Produktionsprozesses (Verzicht auf eine „reale Vergesellschaftung“ im Sinne Lenins);
  - c) selektive Belohnung von Anpassungsbereitschaft und Gehorsam (Mitläufertugenden) vor dem Hintergrund massenhafter Gleichmacherei;
  - d) Verbannung von Eigeninitiative in illegale Kanäle etc.

Die Reproduktionsmechanismen des Stalinismus als einer „exzessiv machtorientierten Ordnung der inneren und Außenbeziehungen einer Gesellschaft des erklärten Übergangs zum Sozialismus“ (Hofmann 1970: 13, Hervorh. H. K.) sind demnach gesetzmäßig auf „Zielverfehlung“ angelegt.

## X.

Die elementare Grundlage der Etablierung des *Stalinismus als ideologisches System* bildet die Inthronisierung Stalins als oberste Interpretationsinstanz der Lehren von Marx, Engels und Lenin sowie die damit korrespondierende Konstruktion des „Marxismus-Leninismus“ als geistige Richtschnur der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und darüberhinaus der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung. Dabei ist mit Labica (1986: 25) davon auszugehen, „daß der *offizielle Geburtsakt des Marxismus-Leninismus nichts anderes ist als die theoretische Weihe der Stalinschen Politik*“. Erst mit der „Einsegnung“ Stalins als höchste theoretisch-ideologische Autorität<sup>20</sup> findet dessen Machtergreifung ihre Vollendung.

In diesem Prozeß der ideologischen Machtergreifung und -absicherung ist insbesondere Stalins Bestreben hervorzuheben, sich auch und gerade auf theoretischem Gebiet als kongenialer Nachfolger und Nachlaßverwalter Lenins zu präsentieren. Vermittels der nachträglichen Verabsolutierung seiner diversen Schriften zu den Grundlagen und Grundfragen des Leninismus, die zur einzig legitimen Darlegung der Leninschen Lehren hochstilisiert werden, gelingt die Einsetzung Stalins als legitime Verkörperung und Auslegungsinstanz des Leninismus: „Er ist sein Treuhänder und Garant, der einzig autorisierte Sprecher. Jede Nichtübereinstimmung ist folglich Abweichung“ (ebd.: 77) Allerdings funktioniert diese Inszenierung nicht nur über den Weg der Fälschung, sondern auch über den der repressiven Unterschlagung. „Ein Beschluß des Politbüros vom 5. August 1938, der erst zwanzig Jahre später publik wird, verbietet praktisch jede Veröffentlichung von Werken und Erinnerungen von oder über Lenin“ (ebd.: 81).

Die Stalinsche Konstruktion des „Marxismus-Leninismus“, die substantiell eine umfassende Revision und Verfälschung der Ideen der Klassiker darstellt, weist primär folgende methodischen Züge auf: 1) Einzelne Aussagen von Marx, Engels und vor allem Lenin werden aus ihrem jeweiligen konkret-historischen Zusammenhang und/oder logischen Kontext selektiv herausgelöst, damit „vereinseitigt, von ihrer genetischen Grundlage (theoretische oder politisch-praktische Problemkonstellation) abgeschnitten und als überhistorische Dogmen fixiert. Diese kontextgetrennten Aussagen werden sodann in einen willkürlich geschaffenen, taktisch kalkulierten Bedeutungszusammenhang als Legitimationsformeln einverleibt, d. h. als kritisch-analytische Orientierungsmittel demontiert und zugleich als pragmatische Rechtfertigungsmittel neukonstituiert. Während z. B. nach dem Ausbleiben der proletarischen Revolution im Westen die Schaffung von zivilisatorischen Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus im rückständigen Rußland für Lenin eine komplizierte Notlösung darstellt, konstruiert Stalin daraus die „Lehre vom Sozialismus in einem Land“.

2) Wesentliche Dimensionen, Theoreme und Aussagen des klassischen Marxismus, die sich nicht in das Stalinsche Legitimationsprojekt fügen bzw. diesem entlarvend entgegenstehen, werden ausgeblendet, unter der Hand revidiert oder für obsolet erklärt. Das gilt z. B. für das „Übersehen“ und „Vergessen“ des humanistischen und ethischen Gehalts des Marxismus: „Anfangen von der tief-sinnigen Behauptung, daß der Mensch das höchste Produkt der Natur sei bis ‚hinauf‘ zur stets geistlos wiederholten Prägung, daß die Natur als das Primäre und der Geist als das Sekundäre betrachtet

<sup>20</sup> Exemplarisch sei hier eine Aussage von Mitin aus dessen 1933 erschienenen Buch „Der dialektische Materialismus“ zitiert: „Die Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie in allen ihren Bestandteilen, darunter auch in der Philosophie des Marxismus, ist gebunden an den Namen des Genossen Stalin. In der gesamten praktischen Arbeit wie auch in allen theoretischen Arbeiten des Genossen Stalin ist die ganze Erfahrung des Weltkampfes des Proletariats niedergelegt, der gesamte Inhaltsreichtum der marxistisch-leninistischen Theorie.“ (Zit. n. Labica 1986: 48).

werden müssen, wird eine kindisch naturalistische ‚Philosophie‘ vertreten, die keinen anderen Zweck verfolgt, als den bürokratischen Praktizismus mit seiner Herabwürdigung des Persönlichkeitswertes des menschlichen Individuums zu rechtfertigen und die echt humanistischen Anschauungen des Marxismus zu ‚übersehen‘, wie z. B. die niemals von den stalinistischen ‚Theoretikern‘ erwähnte Lehre von der Wiederherstellung der menschlichen Totalität und der unendlichen Entwicklungsfähigkeit der menschlichen Persönlichkeit“ (L. Kofler alias J. Deverite 1951: 18).

Zu erinnern ist hier desweiteren an die verfälschende Revision der marxistischen Staatstheorie durch die sophistische These, das Absterben des Staates erfolge durch dessen maximale Stärkung<sup>21</sup>. Bezeichnenderweise werden nach 1936 Juristen wie Krylenko und Pasukanis, die noch an das Absterben des Staates erinnern, kaltgestellt. In gleichem Sinne wird die Verfassung revidiert: Hatte nämlich die Verfassung von 1918 die RSFSR noch als in einer Übergangsphase befindlich beschrieben und als Ziel für die Sowjetmacht einen Sozialismus festgelegt, „in dem es weder eine Teilung in Klassen noch eine Staatsmacht geben wird“, so verankert dagegen die Verfassung von 1936 die fundamentale Rolle des „Sozialistischen Staates“. Auf diese Weise wird die Staatsmacht als zentrales Instrument der Stalinschen Konterrevolution auch „formrechtlich“ abgesichert und damit der stalinistische Staatsfetischismus auf die Spitze getrieben.

Die pragmatisch-selektive Montage des „Marxismus-Leninismus“ wird besonders offensichtlich im widersprüchlichen Diskurs über „Klassen“ und „Klassenkampf“. Einerseits behauptet Stalin 1936, daß es in der Sowjetgesellschaft keine antagonistischen Klassen mehr gebe und diese nur aus zwei befreundeten Klassen bestehe, den Arbeitern und Bauern sowie der Intellektuellenschicht. Der Sowjetgesellschaft, so wird 1939 nachgeschoben, seien Klassenzusammenstöße fremd. Gleichzeitig aber wird an der entgegengesetzten Theorie von der Verschärfung des Klassenkampfes festgehalten. So verkündet Stalin 1937: „Es ist notwendig, die faule Theorie zu zerschlagen und beiseite zu werfen, daß der Klassenkampf bei uns mit jedem Schritt unseres Vormarsches mehr und mehr erlöschen müsse, daß der Klassenfeind in dem Maße, wie wir Erfolge erzielen, immer zahmer werde“ (zit. n. Bettelheim/Chavance 1982: 494). Worin besteht nun die ideologische Funktion dieses scheinbar gegensätzlichen Stalinschen Klassendiskurses? Während zum einen die These von der „Klassenharmonie“ die objektiven Widersprüche zwischen stalinistischer Machtelite und werktätiger Bevölkerung sowie innerhalb der bürokratischen Funktionärsklasse verschleiern bzw. „des-artikulieren“ soll<sup>22</sup>, dient die These von der Verschärfung des Klassenkampfes sowohl zur „Externalisierung“ der Widersprüche als auch der Rechtfertigung staatlicher Repression gegen illegale Widerstandshandlungen, die als „von außen“ angeleitete „Sabotage- und Verschwörungspraktiken“ dargestellt, d. h. „agententheoretisch“ erklärt werden. So betonen Bettelheim/Chavance (1982: 494), „daß die These von der Verschärfung des Klassenkampfes Ende der 1930er Jahre einen Übergang von der rein ökonomischen Definition der Klassen zu einer im wesentlichen politischen Definition bezeichnet ... Der „Klassenfeind“, definiert durch seine angebliche politische Gegnerschaft zur Sowjetmacht, ist nunmehr ein ‚Überbleibsel‘ im Inneren der alten Klassen, dessen eigentliche Basis notwendig außerhalb der Gesellschaft liegt: beim ausländischen Imperialismus.“

3) Ein wesentliches Spezifikum des Stalinschen „Marxismus-Leninismus“ ist in der fatalen Verbindung zwischen vulgarisierender Vereinfachung und Wirkungsmacht zu sehen. Während die theoretisch-begrifflichen Konzepte von Marx, Engels und Lenin bezüglich ihres wissenschaftlichen Status als unvollendet, Lücken aufweisend, partiell provisorisch, stellenweise widersprüchlich, konkret-historisch bedingt, entwicklungs offen und -notwendig (d. h. ihrem Wesen nach „antidogmatisch“)

<sup>21</sup> So erklärt Stalin 1930: „Höchste Entwicklung der Staatsmacht zur Vorbereitung der Bedingungen für das Absterben der Staatsmacht – so lautet die marxistische Formel. Ist das ‚widerspruchsvoll‘? Ja, es ist ‚widerspruchsvoll‘. Aber dieser Widerspruch ist dem Leben eigen, und er widerspiegelt vollständig die Marxsche Dialektik“ (Stalin 1955: 351).

<sup>22</sup> Diese These der „Klassenharmonie“ basiert auf der Behauptung, mit der stalinistischen Verstaatlichung der Produktionsmittel seien die Ausbeuterklassen beseitigt und folglich die sozialen Widersprüche verschwunden.

zu begreifen sind, transformiert Stalin sie unter Weglassung aller werkimmanenten Unebenheiten und Problemkonstellationen in eine absolute, harmonische, geschlossene, überhistorische Heilslehre. Damit befindet sich Stalin auch in dieser theoretisch-hermeneutischen Grundfrage in einem schroffen Negationsverhältnis gegenüber Lenin. Dieser nämlich betrachtet die Theorie von Marx keineswegs als etwas Abgeschlossenes und Unantastbares sondern ist im Gegenteil davon überzeugt, daß sie nur das Fundament der Wissenschaft gelegt hat, „die die Sozialisten nach allen Richtungen weiterentwickeln müssen, wenn sie nicht hinter dem Leben zurückbleiben wollen. Wir sind der Meinung, daß es für die russischen Sozialisten besonders notwendig ist, die Theorie von Marx selbständig weiterzuentwickeln, denn diese Theorie liefert lediglich die allgemeinen Leitsätze, die im einzelnen auf England anders angewandt werden als auf Frankreich, auf Frankreich anders als auf Deutschland, auf Deutschland anders als auf Rußland“ (Lenin 1960: 205f.). Der Bruch könnte klarer nicht sein: Während Lenin die gesellschaftliche Spezifik Rußlands herausstellt, erklärt Stalin, das sowjetische Modell sei „obligatorisch für alle Länder“.

Zudem war Lenins Bemühen kontinuierlich darauf konzentriert, das theoretisch-weltanschauliche Niveau der Parteimitglieder auf ein höheres Niveau zu heben sowie den geistig-kulturellen Horizont der Masse der Werktätigen zu erweitern. Demgegenüber läuft der vulgäre Didaktizismus Stalins<sup>23</sup> und seiner Gefolgschaft darauf hinaus, den „Marxismus-Leninismus“ in Verbindung mit einer demagogischen Arbeitertümelei auf das unmittelbar gegebene kognitive Niveau der Volkmassen herabzusenken. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß diese „verflachende“ Popularisierung ihre Wirkungsfähigkeit nicht zuletzt dem Umstand verdankt, daß die stalinistische Terminologie gewissermaßen das semantische Potential des Marxismus „ausbeutet“: Zwar werden an der marxistischen Begrifflichkeit wesentliche Bedeutungsverschiebungen und Funktionsveränderungen vorgenommen, aber die ursprünglich-emanzipatorischen Bedeutungsgehalte schwingen als Konnotationen weiterhin mit. „So meint ‚Aufbau des Sozialismus‘ rücksichtslose Modernisierung, wobei der Wortlaut jedoch immer noch an das Ideal der freien Assoziation der Produzenten erinnert. Die Formel von der ‚Diktatur des Proletariats‘ steht für die Diktatur des Stalinschen Apparats über Bauern, Arbeiter und Intelligenz, läßt aber noch die Marxsche Vorstellung von der Diktatur der großen Mehrheit über eine verschwindende Minderheit von Ausbeutern anklingen ... Für das kompensatorische Funktionieren der Ideologie sind diese utopisch-emanzipatorischen Anklänge wichtig, ja unentbehrlich, da sie dazu beitragen, eine durch Entbehrung, Disziplinierung, Rechtlosigkeit und terroristische Willkür gekennzeichnete Lebenswirklichkeit zu verklären“ (Günter 1982: 263).

## XI.

Die Stalinisierung der kommunistischen Weltbewegung, darin eingeschlossen die internationale Verbreitung des „Marxismus-Leninismus“ Stalinscher Prägung, erfolgte zunächst im Rahmen der Bolschewisierungskonzeption, die der V. Kongreß der Komintern (Juni/Juli 1924) entwickelt hatte. Dabei wurde „Bolschewisierung“ formal durchaus korrekt verstanden als Aneignung des theoretisch-ideologischen Erbes Lenins und der Erfahrungen der KPR(B) in Verbindung mit der praktisch-politischen Herstellung stabiler Massenbeziehungen der kommunistischen Parteien und der Ausarbeitung einer strategisch-taktischen Linie, die einen den konkreten Besonderheiten der einzelnen Länder entsprechenden Weg zur proletarischen Revolution eröffnen sollte. In inhaltlicher, struktureller und „methodischer“ Hinsicht allerdings führte die Umsetzung der „Bolschewisierung“ de facto zur *stalinistischen Durchdringung* der KI und ihrer Sektionen. Dieser Prozeß läßt sich auf theoretisch-

<sup>23</sup> Der französische Zeitzeuge J. Bruhat hat kurz vor seinem Tod 1983 die Wirkung dieser stalinistischen Vereinfachung beschrieben: „Man hat sich vielleicht gewundert, daß Intellektuelle wie ich (und ich bin keine Ausnahme), die doch nicht völlig bar jeder marxistischen Kultur waren, und die schließlich Lenin gelesen hatten, eine Zeitlang von Stalins Texten verführt werden konnten (...). Es ist gewiß richtig, daß das Kapitel Über dialektischen und historischen Materialismus nichts neues für uns brachte. Aber die Darstellung war klar, einfach und überzeugend, mit einem Wort: didaktisch. Ich machte mir nichts vor über den oberflächlichen Charakter der Beweisführung. Aber ich war der Ansicht, daß hier so etwas wie eine Initiation in die marxistische Theorie vorlag. Es genügte, so dachten wir, dies zu lesen, um alles zu beherrschen.“ (Zit. n. Labica 1986: 59).

tisch-ideologischer, organisationspolitischer, strategisch-taktischer und persönlichkeitsstruktureller Ebene nachvollziehen:

1.) Die Vermittlung der wissenschaftlichen Theorien und politisch-strategischen Konzeptionen Lenins erfolgte nicht anhand einer systematischen Rezeption seines Gesamtwerks, sondern in Gestalt der Popularisierung der verflachenden und reduktionistischen Lektionen Stalins über die Grundlagen des Leninismus, die dieser im April/ Mai 1924 vor Hörern der Swerdlow-Universität in Moskau gehalten hatte. Dort hatte Stalin den Leninismus als „Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution“, als die „Theorie und die Taktik der proletarischen Revolution im allgemeinen, die Theorie und Taktik der Diktatur des Proletariats im besonderen“ (Stalin 1952: 63) definiert. In Anlehnung an diese Definition fand der Terminus „Marxismus-Leninismus“ Eingang in die „Thesen über die Propagandatätigkeit“ des V. Kongresses. Kurz nach dem V. Kongreß wurde Stalins Broschüre über den Leninismus durch die Agitpropabteilung des EKKI massenhaft verbreitet.

„Im Sommer 1924 erschien die deutsche Übersetzung mit einem auf persönlichen Wunsch Stalins von Bela Kun verfaßten Vorwort, in dem eigens darauf verwiesen wurde, daß dieses Buch ‚am klarsten alle Prinzipien der Bolschewisierung zusammenfasse‘. Im Februar 1925 wurden die Vorträge Stalins ins Slowakische, Schwedische und Englische übersetzt, und im März gab es eine Ausgabe in Italien. Bis zum Jahre 1934 erschien die Broschüre in 26 Sprachen. Stalins doktrinäre und extrem vereinfachende Anschauungen drangen so massiv in die kommunistischen Parteien ein“ (Thron 1990: 589).

Im Rahmen dieser einsetzenden ideologischen Stalinisierung der kommunistischen Bewegung ergeben sich folgende strukturellen Konsequenzen:

a) Die entwicklungs-offene wissenschaftliche Theorie des Marxismus wird als Organ objektiver kritischer Wirklichkeitsanalyse und -bewertung, als Konstruktions-, Reflexions- und Kontrolleitfaden der Parteitätigkeit außer Kraft gesetzt. Kernaspekt dieser „Umfunktionierung“ der Theorie ist deren Verwandlung in ein bloßes *rhetorisches Legitimationsinstrument der (stalinistischen) Führungszentrale*. Die Theorie wird so zur „Magd“ einer voluntaristischen, kritisch unhinterfragbaren „Führungspraxis“ degradiert.

b) Mit der Einbuße seiner kritisch-analytischen und aufklärerischen (wahrheitsorientierten) Funktion verkommt der Marxismus zum reinen Bekenntnisobjekt. In den Reihen der kommunistischen Parteien ist nicht die Fähigkeit zu eigenständiger begreifender Wirklichkeits- und Selbsterkenntnis gefragt, sondern die *Deklamation von Glaubensbekenntnissen*. Als „gefestigt“ gilt derjenige, der sich verbal auf die revolutionäre Theorie beruft, nicht derjenige, der sie wirklich aneignet und selbsttätig anwendet. Im Rahmen der geistigen Konterrevolution des Stalinismus wird so innerhalb der kommunistischen Bewegung eine Kommunikationsatmosphäre erzeugt, in der Bekenntnisformeln und revolutionäre (ouvrieristische) Phraseologie kritisches Nachdenken verdrängen (vgl. HINTERGRUND-Redaktion 1989c). Die Dogmatisierung, legitimationsideologische Umfunktionierung und Ritualisierung des Marxismus<sup>24</sup> führt dazu, daß die stalinistisch „aufbereitete“ Theorie als „Scharfrichter“ gegenüber abweichenden Positionen und Auffassungen innerhalb der kommunistischen Bewegung fungiert. Als Grundmechanismus der Ausgrenzung unliebsamer Kräfte tritt das „Anheften“ denunziatorischer Etiketten („Rechtsabweichler“, „Handlanger des Sozialfaschismus“ etc.) verstärkt in Kraft.

---

<sup>24</sup> Ich stimme der Auffassung zu, daß die Krise der kommunistischen Weltbewegung keine Krise des Marxschen Theorietyps, sondern eine Krise des kommunistischen Parteimarxismus bzw. des Nicht-Marxismus kommunistischer Parteien ist (vgl. Kinner 1990: 336).

2.) Infolge der selektiven, einseitigen Rezeption der Leninschen Parteitheorie als Legitimationslehre eines zentralistischen Parteaufbaus – unter Vernachlässigung der von Lenin herausgearbeiteten Bedeutung der theoretisch-ideologischen Funktion der revolutionären Partei neuen Typs – kristallisiert sich ein *zentralistisch-hierarchisches Weisungs- und Gefolgschaftssystem* als kennzeichnendes Beziehungsmuster der kommunistischen Parteien heraus. Dominierende Orientierung in diesem Parteiverständnis ist die Herstellung/Aufrechterhaltung einer (zwangsharmonischen) monolithischen Einheit mit Hilfe des bevorzugten Einsatzes administrativer Mittel anstelle von Überzeugungsmethoden. In dogmatisierter Form wurde das 1921 in einer spezifischen gesellschaftlichen Situation ausgesprochene Fraktionsverbot der KPR(B) in den „Thesen über die Taktik“ des V. Kongresses als gültiges Prinzip für alle Sektionen kodifiziert und damit die innerparteilichen Diskussionsprozesse als Möglichkeit progressiver Selbstkorrektur entscheidend blockiert<sup>25</sup>.

„Die neuen Statuten der Komintern, die auf dem V. Kongreß angenommen wurden, räumten dem EKKI fast unbegrenzte Vollmachten ein. Es erhielt jetzt das Recht, auch Beschlüsse nationaler Parteitage wie von zentralen Organen der Sektionen zu revidieren und Einzelpersonen, Gruppen oder ganze Parteien aus der kommunistischen Bewegung auszuschließen. Zelebriert wurde das auf dem V. Kongreß z. B. an der polnischen Partei“ (Thron 1990: 584f.).

Statuarisch wurde das Hauptgewicht auf die Unterordnung der Mitglieder unter die zentralen Parteinstanzen und die dort gefaßten Beschlüsse gelegt, so daß die verschiedenen Leitungsebenen faktisch der Kontrolle und Einflußnahme der Mitglieder entzogen wurden.

3.) Die Wahrnehmung der KPR(B) ausschließlich unter dem Aspekt des Sieges der Revolution, der Verzicht auf eine konkrete Analyse der gesellschaftspolitischen Entwicklungsprobleme Sowjetrußlands sowie die Atmosphäre nach dem Tod Lenins begünstigten objektiv die *Verabsolutierung des „sowjetischen Modells“* sowie die *Hegemonie der russischen Partei* innerhalb der kommunistischen Weltbewegung. Wesentliches Merkmal dieser „Sowjetisierung“ der KI war folglich die weitgehend mechanische und schematische Übertragung der „russischen Erfahrungen“ auf die andersartigen Tätigkeitsbedingungen in den westlichen kapitalistischen Ländern. In dem Maße, wie Stalin den Machtkampf innerhalb der KPdSU(B) zu seinen Gunsten entschied und seine Machtstrategie auf den KI-Apparat ausdehnte, wurde die KI zunehmend zum „Projektionsfeld“ der russischen Partei. So urteilt I. Deutscher (1990: 517):

„Die automatische Übertragung jeder Bewegung und jedes Reflexes aus der russischen Partei auf die nichtrussischen kommunistischen Parteien war der Hauptfehler im Leben der Komintern, und dieser Fehler wurde jetzt zur Regel. Aus diesem Grund hatte die Tätigkeit der Komintern oft etwas Unwirkliches an sich.“

4.) Im Zuge der ideologisch-politischen Stalinisierung und „Sowjetisierung“ der KI wurde ein neuer *„Typus des internationalen stalinistischen Funktionärs“* (Hofmann 1970: 57) geprägt, der sich durch „soldatische Treue“ zur „von oben“ vorgegebenen Parteilinie „auszeichnet“, die er „kämpferisch“ gegenüber Kritikern und „Abweichlern“ vertritt. Die Treue zur Partei korrespondiert mit einer geistig-intellektuellen Unselbständigkeit und dem Fehlen einer gefestigten persönlichen Gesinnung, aus der zweierlei resultiert:

---

<sup>25</sup> In einer Entschließung des 11. DKP-Parteitages heißt es: „Wir schämen uns dafür, daß wir in der Geschichte unserer Partei immer wieder zugelassen und auch selbst mitgemacht haben, notwendigen Meinungsstreit mit disziplinarischen Mitteln zu unterbinden und so die Diskussion möglicher und notwendiger Alternativen zu verhindern. Diese negative Traditionslinie reicht von der KPD der 20er Jahre, in Inhalt und Form der damaligen Auseinandersetzung mit ‚Abweichlern‘ in ihren Auswirkungen bis in die jüngste DKP-Geschichte“ (Köster 1991: 10).

- a) das Bedürfnis nach ideologischer Geborgenheit und
- b) das rasche (gläubige) Sich-Anpassen an die Veränderungen der „Generallinie“.

Diese stereotype Partei-Apologik anstelle kritisch-marxistischer Reflexion entspricht einer kleinbürgerlich-bürokratischen Individualitätsform von Rechtgläubigen, „für welche die buchstabengetreue Erfüllung dessen, was sie geheißten werden, um so wichtiger ist ..., je gleichgültiger ihnen der Sinnzusammenhang des Ganzen ist“ (ebd.: 58).

Als Personifikation bzw. Charaktermaske der Vulgarisierung, Dogmatisierung und legitimationsideologischen Umfunktionierung der marxistischen Theorie entsteht zudem eine spezielle „*stalinistische Geistesbürokratie*“, die mit der Bekämpfung Andersdenkender („Abweichler“) und der „Reinhaltung“ der stalinistischen Ideologie befaßt ist. Ein weiterer Kernaspekt ihrer Tätigkeit besteht in der Verarbeitung des Widerspruchs, daß bei einer ständigen verbalen Hervorkehrung der Bedeutung der Theorie „gleichzeitig eine tiefe Aversion gegen den echten theoretischen ‚Intellektualismus‘, ‚Objektivismus‘ und ‚Theoretizismus‘ erzeugt werden muß als den Faktoren der Zerstörung der *vulgären* Übereinstimmung zwischen der bürokratischen Theorie und einer ebensolchen Praxis, Schließlich schlägt diese Aversion in ein grundsätzliches, allerdings nicht eingestandenes, Mißtrauen gegen den Theoretiker und sogar gegen die Theorie selbst um, und der reine, wenn auch phrasenhaft theoretisch verklausulierte Praktizismus steht in vollendeter Gestalt da“ (Kofler 1986: 60).

I. Deutscher hat darauf hingewiesen, daß Stalin Mitte der 20er Jahre einen ausgeprägten Defätismus bezüglich der Perspektiven der Weltrevolution und der KI an den Tag gelegt habe. Ein enger Mitarbeiter, Lominadse, schreibt ihm den Ausspruch zu: „Die Komintern taugt nichts. Sie besteht nur, weil wir sie unterstützen“ (Deutscher 1990: 502).

Gemäß dem Primat des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land“ beabsichtigte Stalin vorrangig die Instrumentalisierung der internationalen kommunistischen Politik im Interesse der Sowjetdiplomatie. Neben dem Bestreben, den (möglichen) Einfluß der führenden westeuropäischen Kommunisten auf die inneren Belange der russischen Partei einzudämmen – die meisten von ihnen sympathisierten zunächst mit Trotzki's Positionen – war ihm dies der Anlaß dafür, die KI unter seine Kontrolle zu bringen. „So zwangen innenpolitische wie außenpolitische Erwägungen Stalin, auch auf die Komintern ... die gleichen Methoden anzuwenden, mit denen er die Kommunistische Partei der Sowjetunion zu einem ‚monolithischen Block‘ umbauen wollte“ (ebd.: 507).

Nachdem die Umsetzung einer gemäßigten Linie der Stalinschen Chinapolitik gescheitert war, der im Mai 1925 gebildete Britisch-Russische Gewerkschaftsrat bereits ein Jahr später wieder aufgelöst wurde und die Führungsgruppe um Stalin Kurs auf eine gewaltsame „Lösung“ der innersowjetischen Entwicklungsprobleme nahm (Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, beschleunigte Industrialisierung), leitete Stalin auf dem XV. Parteitag der KPdSU(B) im Dezember 1927 auch hinsichtlich der antikapitalistischen Strategie der KI eine *qualitative Verschärfung linksradikaler Tendenzen* ein, indem er die „Stabilisierungsepoche des Kapitalismus“ für beendet erklärte und einen neuen revolutionären Aufschwung prophezeite. Dabei ging es Stalin insbesondere um die Entfesselung einer Kampagne gegen die Bucharin-Gruppe und realistische Kräfte innerhalb der KI wie C. Zetkin, A. Thalheimer, H. Brandler, P. Togliatti, E. Varga u. a., die das linear-optimistische Schema von einem kontinuierlichen Herannahen des Zusammenbruchs des Kapitalismus problematisierten, auf dessen ökonomische Reserven hinwiesen und das herrschaftsverteidigende Potential sowie den realen Reifegrad des subjektiven Faktors in Rechnung stellten. Insbesondere war Stalin bestrebt, mit der politischen Zerschlagung der Bucharin-Gruppe den inneren Widerstand gegen die Beendigung

der NÖP, die Durchsetzung von Gewaltmethoden beim „sozialistischen“ Aufbau und die Festigung seines autokratischen Regimes entscheidend zu brechen. Dabei galt es natürlich auch, die vermeintlich „rechtsabweichlerischen“ Handlanger Bucharins in der KI anzuprangern und zu eliminieren. So legte Stalin am 28. Februar 1928 auf einer gemeinsamen Sitzung der Delegationen der KPdSU(B) und der KPD im EKKI einen eigenhändig geschriebenen Resolutionsentwurf vor, der die Forderung enthielt, „Geduld gegenüber Trägern einer rechten Gefahr in der Partei“ nicht länger zu üben (vgl. Schirinja 1990: 739).

Auf dem VI. Kongreß (Juli-September 1928) und den sich anschließenden Präsidiums- und Plenartagungen des EKKI wurde der linksdogmatisch-stalinistische Kurs inhaltlich bekräftigt und strategisch durchgesetzt. Das bedeutete im einzelnen:

1.) Festgeklopft wurde die voluntaristische und vulgärökonomistische These, daß sich die kapitalistischen Widersprüche linear-kontinuierlich verschärfen würden und die sozial-ökonomische Krise automatisch einen neuerlichen revolutionären Aufschwung hervorrufe. Die kapitalismusimmanenten Möglichkeiten zur Krisenverarbeitung wurden „kämpferisch“ negiert.

„Man muß schon ein bornierter Opportunist, ein erbärmlicher Liberaler sein“, erklärte V. Molotow auf dem X. EKKI-Plenum (Juli 1928), „um hinter den Tatsachen der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung nicht zu erkennen, daß wir mit beiden Beinen eine Periode großer revolutionärer Ereignisse von Weltbedeutung betreten haben“, (zit. n. Schirinja 1990: 743f., Fußn. 27).

2.) Offiziell abgesegnet wurde die Charakterisierung der reformistischen sozialdemokratischen Parteien als „sozialfaschistisch“ und damit als gefährlichste Feinde der Kommunisten. Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, galt der linke Flügel der Sozialdemokratie als besonders bedrohlich.

3.) Diejenigen Kräfte, die wie Thalheimer, Brandler u. a. in Deutschland, die Gruppe Lovestone-Pepper in den USA, A. Neurath in der Tschechoslowakei, A. Tasca in Italien etc. die Sozialfaschismustheorie kritisierten, eine differenziertere und realistischere Kapitalismusanalyse vertraten, für Übergangslösungen im revolutionären Kampf plädierten und für eine Demokratisierung des innerparteilichen Lebens eintraten, wurden als „Rechtsabweichler“ gebrandmarkt und im Rahmen einer zielgerichteten Kampagne aus der kommunistischen Bewegung verbannt.

„Das Hauptaugenmerk galt der Säuberung der KPD, da angenommen wurde – wie es im Bericht der KPD (auf der Präsidiumssitzung des EKKI am 19. Dezember 1928, H. K.) hieß – daß hier ‚die Opportunisten die Rolle eines Vorpostens der internationalen opportunistischen Strömung innerhalb der Komintern spielen‘ und Verbindung mit ähnlichen Gruppierungen in anderen Parteien hätten“ (Schirinja 1990: 742).

Stalin plädierte dafür, in der KPD mit Oppositionellen ebenso zu verfahren wie in der sowjetischen KP mit den Trotzisten.

4.) Die Kampagne gegen die „rechten Abweichler“ war einerseits verbunden mit dem weiteren Ausbau der Vollmachten der zentralen KI-Bürokratie und der verstärkten Anwendung von Kommandomethoden gemäß den Weisungen Stalins, der nun seinen Führungsanspruch in der KPR(B) und der KI durchgesetzt hatte. Andererseits wurden die sog. Rechtsabweichler und „Versöhnler“ durch Funktionäre ersetzt, die der stalinistischen Linie treu ergeben waren. Auf diese Weise ist die Kampagne gegen die „rechte Gefahr“ als ein wesentlicher Schritt zur Befestigung der Stalinschen Diktatur innerhalb der KI zu werten.

## XII.

Lange Zeit dominierte in kommunistisch orientierten Kreisen der marxistischen Bewegung die Auffassung, daß mit dem XX. Parteitag der KPdSU und der dort ausgesprochenen Kritik am „Personenkult“ Stalins sowie der Verurteilung der „Massenrepressalien“ die Selbstreinigung vollzogen und die „Ehre“ der kommunistischen Parteien wiederhergestellt worden sei. Analog der Einschätzung, daß trotz allem Schaden, den der Personenkult um Stalin der Partei und dem Volk zugefügt habe, er den sozialistischen Charakter der sowjetischen Gesellschaftsordnung nicht habe ändern können, wurde eine nachhaltige Wesensveränderung der kommunistischen Parteien aufgrund des hegemonialen Einflusses der stalinistischen KPdSU innerhalb der kommunistischen Weltbewegung dementiert bzw. als mit der Auflösung der Komintern überwunden behauptet. Ebenso blieb der Stalinismus als ideologisches Phänomen in Gestalt des „Marxismus-Leninismus“ im Kern unangetastet. Auf diese Weise konnte die gewachsene stalinistische Tiefenstruktur der kommunistischen Bewegung nicht wirklich überwunden werden und es entstand die paradoxe Komposition einer stalinistisch deformierten Bewegung „ohne und gegen Stalin“ (Deutscher).

Zweifellos haben innerhalb der kommunistischen Bewegung nach dem 20. Parteitag der KPdSU punktuell progressive Veränderungen auch auf theoretischem Gebiet stattgefunden und es ist stellenweise gelungen, die dogmatischen Denkschablonen der Stalin-Ära zu durchbrechen. Desweiteren sind natürlich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen kommunistischen Parteien nicht zu übersehen. Dennoch hat sich aber die zählebige theoretisch-ideologische Erblast des Stalinismus, wenn auch mitunter in modifizierter Form, als dominantes Merkmal behauptet. Ohne Anspruch auf annähernde Vollständigkeit sollen deshalb abschließend einige dieser „ererbten“ theoretisch-ideologischen Denkformen/Einstellungen knapp skizziert werden:

1.) *Theorie/Praxis-Verhältnis*: Der „Marxismus-Leninismus“ wird der Parteibasis in Form von „Schulung“ als Kanon von Glaubenssätzen dargeboten. Vor diesem „Erziehungshintergrund“ wird dann die entsprechend vulgarisierte „Theorie“ als Instrument der Legitimation „von oben“ vorgegebener Handlungsanweisungen, Direktiven, Orientierungen etc. funktionalisiert und auf diese Weise als begrifflich-methodischer Leitfaden einer eigenständigen kritischen Wirklichkeitsanalyse und Praxisbewertung außer Kraft gesetzt. Übrig bleibt ein abstrakt-weltanschaulicher Gesinnungsdogmatismus, der die gesellschaftliche Wirklichkeit in extrem subjektivistischer Manier nur noch nach „Bestätigungsbeispielen“ absucht und damit selektiv verzerrt widerspiegelt.

2.) *Wissenschaftsentwicklung*: Die Präsentation der Theorie als allgemeinverbindlicher Kanon von Lehrsätzen, an die geglaubt werden soll, führte zur Hemmung der wissenschaftlichen Weiterentwicklung des entwicklungs offenen und -notwendigen Marxismus. „Die Gegenwart, wie immer sie aussieht, ist etwas schon Bekanntes, ein Déjà-vu, sanktioniert durch berühmte Textstellen. Marx, Engels und Lenin ... werden, je nach Lage der Dinge, zu Trümpfen, die man bei günstiger Gelegenheit ausspielt“ (Labica 1986: 26). Die gesellschaftliche Wirklichkeit verkommt auf diese Weise zur bloßen Ansammlung von Illustrationsmaterial für die dogmatisierte „Theorie“. So hat die Enthistorisierung des Marxismus als eine Konsequenz der theoretisch-ideologischen Stalinisierung entscheidend dazu beigetragen, daß die wissenschaftliche Verarbeitung neuerer Gestaltungsprozesse in den westlichen kapitalistischen Ländern blockiert blieb und durch das Festhalten an anachronistisch gewordenen Formeln, Denkschemata, Parolen etc. (z. B.: „Allgemeine Krise des Kapitalismus“, „beständige Verschlechterung der Lage der Werktätigen“) kompensiert wurde. Auf diese Weise konnte z. B. der gravierende Struktur- und Mentalitätswandel der Arbeiterklasse infolge der „Fordisierung“ des Produktionsprozesses, der „Durchkapitalisierung“ der Reproduktionssphäre, der Ausdehnung

des Dienstleistungssektors, der Verrechtlichung und sozialstaatlichen Regulierung der Klassenbeziehungen usw. nicht adäquat erfaßt und handlungsstrategisch umgesetzt werden.

3.) *Negation nichtmarxistischer Denkansätze*: Dem stalinistischen „Klassenkampf in der Theorie“ entspricht die einfache Negation nichtmarxistischer Theorien, Konzepte, Denkrichtungen etc. im Stile eines „Verdammens“, „Zerschmetterns“ etc. statt kritischer Aufhebung bzw. Reinterpretation. Als paradigmatisch kann hier der „stalinistische Schauprozeß gegen die Psychoanalyse“ angeführt werden: Wie M. Schneider (1973: 27). herausgearbeitet hat, zeigte sich die Borniertheit der stalinistischen Geistesbürokratie in der Unfähigkeit, „den revolutionären Entdecker des Unbewußten und der ‚infantilen Sexualität‘ und den bürgerlich-dekadenten Kulturphilosophen Freud auseinanderzuhalten.“<sup>26</sup> Anstatt die von W. Reich konstatierte „Schere“ zwischen ökonomischem Sein und Bewußtsein ernstzunehmen, ignorierten die stalinistischen Ideologen die psychischen Destruktionsmechanismen des proletarischen Klassenbewußtseins und suggerierten stattdessen einen revolutionären Aufschwung als unmittelbares Resultat der großen Krise von 1929. Die antipsychologisch-„kämpferische“ Verkennung der Diskrepanz zwischen objektiver Klassenlage und subjektivem (Arbeiter-)Bewußtsein ist aber nicht nur Wesensmerkmal der stalinistischen Ideologie, sondern kennzeichnet ebenso die trotzkistische Einstellung: „Beide (Stalinisten und Trotzkisten, H. K.) unterschätzten daher die idealistisch-bürgerlichen Momente im Bewußtsein des Proletariats, seine Anfälligkeit für irrationale, klassenfremde Ideologien und Gefühlskomplexe“ (ebd.: 58).

4.) *Mechanistischer Ökonomismus*: Die Grundlage des stalinistischen Antipsychologismus bildet ein mechanistischer Ökonomismus, der die Entwicklung und Beschaffenheit des kollektiven wie individuellen Bewußtseins linear aus den ökonomischen Verhältnissen ableitet. Dabei wird die Bewußtseins- und Ideenentwicklung als zwangsläufiger passiver Reflex auf subjektunabhängig sich vollziehende materielle Veränderungsprozesse behauptet. Im Rahmen dieses Diskurses, der die komplizierte Dialektik zwischen Subjekt-Tätigkeit-Objekt desartikuliert, „ist es klar, daß die von unterdrückten Klassen vollzogenen revolutionären Umwälzungen eine völlig natürliche und unvermeidliche Erscheinung darstellen“ (Stalin 1979: 257). Als logische Konsequenz nun dieser impliziten Gleichsetzung von ökonomischer „Klassenlage“ und „Klassenbewußtsein“ bzw. dem „Unvermeidlichkeitsdogma“ der proletarischen Revolution wird die wissenschaftliche Erfassung der Eigengesetzlichkeit der menschlichen Subjektivität bzw. die Entwicklung einer materialistischen Psychologie innerhalb der marxistischen Theorie entweder verworfen, mißachtet oder ignoriert. Daß dieser stalinismustypische Antipsychologismus auch in poststalinistischen Marxismusvarianten ungebrochen fortexistiert, hatte K. Holzkamp (1977: 52) am Beispiel des ehemaligen „Projekts Klassenanalyse“ demonstriert: „Der individuelle Mensch erscheint hier also total als Produkt der objektiven gesellschaftlichen Einflüsse, und seine Individualität wird darauf reduziert, daß er quasi ein besonderer Schnittpunkt derartiger Einflüsse ist. Wenn man demgemäß die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen, denen ein Mensch auf seinem gesellschaftlichen Standort ausgesetzt ist, nur spezifiziert genug erfaßt, so ist dies gleichbedeutend mit der Erfassung seiner Individualität.“

Die ökonomistische Konzeption der linearen Bewußtseins- bzw. Subjekt-determination fundiert darüberhinaus ein technokratisches Modell von Mensch und Gesellschaft, das C. Zak (1990: 240) als gedanklichen Kern des Stalinismus charakterisiert hat. Mit diesem Modell wird die Idee der Ent-

---

<sup>26</sup> Die offizielle Verurteilung der Psychoanalyse ist auch im Kontext der stalinistischen Herrschaftsstrategie zu sehen: „Jede politische oder psychologische Theorie der Spontaneität, ob sie nun für die Selbstorganisation der Arbeit oder für die ‚Selbstorganisation der sexuellen Bedürfnisse‘ (Reich) eintrat, wurde vom hyperzentralisierten stalinistischen Partei- und Staatsapparat als ‚anarchistische Bedrohung‘ empfunden. Die politische Restauration in der stalinistischen Ära fand darum ihre konsequente sexualpolitische Ergänzung in der Wiedereinführung der bürgerlichen Gesetze über Familie, Erziehung, Heirat und Sexualität. Alle nach der Oktoberrevolution aufgehobenen reaktionären sexualpolitischen Paragraphen, wie der Abtreibungs-Paragraph, der Homosexuellen-Paragraph, das Verbot der Ehescheidung und das Verbot von Verhütungsmitteln wurden im Zuge der Stalinisierung wiedereingeführt. Ebenso wurden die nach der Oktoberrevolution überall entstandenen ‚gemischten Schulen‘ wieder abgeschafft“ (Schneider 1973: 46).

scheidungs- und Handlungsautonomie des Subjekts (im Rahmen eines konkret-historisch gegebenen Möglichkeitsraumes) sowie die Dimension der menschlichen Kreativität preisgegeben „zugunsten von Vorstellungen der Formbarkeit und sozialtechnologischen Erzeugbarkeit aller menschlichen Fähigkeiten, wenn nur die entsprechenden äußeren Bedingungen und Trainingstechnologien auch für z. B. solche Eigenschaften wie Heimatliebe, Selbstachtung und Herzensbildung geschaffen werden.“

5.) *Arbeitertümelei/Proletkult*: Aufgrund der ökonomistischen Gleichsetzung von Klassenlage und Klassenbewußtsein sowie in Verbindung mit dem „Unvermeidlichkeitsdogma“<sup>27</sup> wird die Arbeiterklasse, zumeist entgegen ihrer konkret-empirischen Konstitutionsmerkmale, a) als von vornherein homogene „Handlungseinheit“ („Kollektiv“) und b) als „heroisch kämpfend“ vorgestellt und „angerufen“. Widersprüche zwischen gesellschaftlichen Allgemeininteressen und besonderen Interessen des Proletariats bzw. seiner „Abteilungen“ werden ausgeblendet; d. h. die Arbeiterklasse wird auf ihre „objektiven“ historischen bzw. perspektivischen Interessen reduziert. Sowohl die „Klasse an sich“ als auch die einzelnen Klassenindividuen sind in diesem idealistischen Denkschema von Natur aus gut, edelmütig, opferbereit, progressiv, antifaschistisch, revolutionär etc. Abweichende Einstellungen und Verhaltensweisen, die nicht zu leugnen sind, werden als verderblicher „äußerer“ Einfluß von Verrätern, Agenten, Saboteuren etc. rationalisiert. Allerdings dient diese Verherrlichung wirklicher oder erdichteter „Eigenschaften“ der (Fabrik-) Arbeiter, wie Bettelheim/Chavance (1982: 496f.) betonen, in den 30er Jahren in der UdSSR auch als „imaginäre Kompensation“ für die objektive Lageverschlechterung der Arbeiterklasse. „Auch fungiert diese Verherrlichung als Repressionsmittel gegen die Arbeiter, denn die ihnen zugeschriebenen Eigenschaften sind vornehmlich Disziplin und Opferbereitschaft. Leute, die nach Meinung der Parteifunktionäre und Kader zu wenig von diesen ‚Eigenschaften‘ beweisen, können nun beschuldigt werden, keine ‚echten Arbeiter‘, sondern ‚fremde‘ Elemente, sogar ‚Feinde der Arbeiterklasse‘ zu sein – z. B. aufgrund ihrer (v. a. bäuerlichen) ‚Klassenherkunft‘.“

Als Kehrseite der Arbeitertümelei und weiterer integraler Bestandteil der stalinistischen Ideologie wird innerhalb der kommunistischen Bewegung ein ausgeprägter *Anti-Intellektualismus* kultiviert. Dieses permanent in Lauerstellung gehaltene Einstellungssyndrom wird vom zentralen Apparat stets dann als strategisch-taktisches Kampfmittel aktiviert, wenn es darum geht, unliebsame Tendenzen des Hinterfragens und der Kritik der „von oben“ verordneten Parteilinie zu denunzieren und „unten“ entsprechende emotionale Ressentiments gegen dessen personelle Träger zu mobilisieren. Intellektuelle bzw. „Theoretiker“ werden nur in Gestalt des „ergebenen“ Katecheten bzw. Exegeten der „Generallinie“ zugelassen; als kritisch-marxistische (Entwicklungs-) Theoretiker werden sie je nach taktischer Konjunktur beargwöhnt, disziplinarisch sanktioniert, ausgestoßen und den „ouvrieristischen Kettenhunden“ zum Fraß vorgeworfen.

## LITERATUR

Autorenkollektiv: Die internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie in sieben Bänden. Fünfter Band: Erbauer des Sozialismus, Kämpfer gegen den Faschismus. Berlin 1985.

Bettelheim, Charles: Die Klassenkämpfe in der UdSSR. Band I 1917-1923. Berlin 1975.

---

<sup>27</sup> Der stalinistische Proletkult weist eine geistige Verwandtschaft zum deutschen Arbeiterkommunismus auf: Der Zwiespalt zwischen Massenbewußtsein und Durchführung der Revolution wird auch hier verdeckt „durch die postulierte Übereinstimmung von proletarischem Interesse und Bewußtsein und Theorie und Praxis des Kommunismus. Diese Gleichsetzung erfährt eine besonders problematische Ausprägung in der Vorstellung der revolutionären Übergangsdiktatur. Der Übergang von der bestehenden Gesellschaftsform zum Kommunismus wird häufig verbunden mit der Vorstellung einer Übergangsdiktatur eines oder mehrerer Männer. Weitling steigert diese Vorstellung zur Erwartung eines neuen Messias“ (Ruckhäberle 1981: 47).

- Bettelheim, Charles, Chavance, B.: Der Stalinismus als Ideologie des Staatskapitalismus. Die objektiven Grundlagen seiner Entwicklung. In: Stalinismus. Probleme der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg. Hrsg. v. Gernot Erler und Walter Süß. Frankfurt/M., New York 1982: 487-516.
- Bordjugow, Gennadi, Koslow, Wladimir: Die Wende des Jahres 1929 und die Alternativen Bucharins. INITIAL, Berlin 1 (1990) 1: 79-98.
- Bullock, Alan: Hitler und Stalin. Parallele Leben. Berlin 1991.
- Danilow, Viktor: Die Kollektivierung, wie sie war. Gesellschaftswissenschaften. Moskau 4/1989: 114-138.
- Deutscher, Isaac: Stalin. Eine politische Biographie. Berlin 1990.
- Engels, Friedrich: Grundsätze des Kommunismus. In: Karl Marx, Friedrich Engels, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Bd. I, Frankfurt/M. 1970: 333-355.
- Firsow, F. I.: Stalin und die Komintern. In: T. Bergmann, M. Keßler (Hg.), Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919-1943). Mainz, München 1992: 37-84.
- Firsow, F. I., Schirinja, K. K.: Komintern: Zeit der Prüfungen. Interview. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Leipzig (1990) 1: 5-16.
- Garmasch, Georgi: Neue sowjetische Beiträge zur Stalinismuskritik. Unveröffentlichtes Überblicksreferat für die HINTERGRUND-Redaktion über sowjetische Publikationen, die der Stalinismuskritik gewidmet sind.
- Günther, Hans: Die kompensatorische Funktion der sozialistisch-realistischen Literatur der 30er Jahre. In: Stalinismus. Probleme der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg. hrsg. v. Gernot Erler und Walter Süß. Frankfurt/M., New York 1982: 262-271.
- Haumann, Heiko: Arbeiterklasse, Partei und Stalinismus. Die Auswirkungen sozialer und organisatorischer Umbrüche 1927-1929 auf die Entstehung eines neuen Machtsystems. In: Stalinismus. Probleme der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg. Hrsg. v. Gernot Erler und Walter Süß. Frankfurt/M., New York 1982: 345-366.
- Heuer, Uwe-Jens: Marxismus und Demokratie. Baden-Baden 1989.
- HINTERGRUND-Redaktion: Bilanz und Perspektiven der Kommunisten in der BRD. HINTERGRUND, Osnabrück 2/1989: 9-17.
- Hofmann, Werner, Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts. Frankfurt/M. 1970.
- Holzcamp, Klaus: Kann es im Rahmen der marxistischen Theorie eine Kritische Psychologie geben? In: Bericht über den I. KONGRESS KRITISCHE PSYCHOLOGIE IN MARBURG vom 13.-15. Mai 1977. Band I: Einführende Referate. Hrsg. i. Auftrag des Bundes demokratischer Wissenschaftler und des Allgemeinen Studentenausschusses Marburg v. K. Holzcamp und K.-H. Braun. Köln 1977: 44-75.
- Judick, Günter, Steinhaus, Kurt (Hrsg.): Stalin bewältigen. Sowjetische Dokumente der 50er, 60er und 80er Jahre. Düsseldorf 1989.
- Kinner, Klaus: Die Avantgarde der Weltrevolution. Zur Identität und zum theoretischen Selbstverständnis der Kommunisten in KPD und Komintern 1918/19 bis 1933. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 32 (1990) 3: 334-339.
- Kofler, Leo (Pseudonym Jules Deverit6): Marxistischer oder stalinistischer Marxismus? Eine Betrachtung über die Verfälschung der marxistischen Lehre durch die stalinistische Bürokratie. Köln 1951.
- Kofler, Leo: Stalinismus und Bürokratie. Zwei Aufsätze. Neuwied am Rhein und Berlin 1970.
- Kofler, Leo: Aufbruch in der Sowjetunion? Von Stalin zu Gorbatschow. Hamburg 1986.
- Kowaltschenko, I. D.: Zur Frage der Alternativen in der Geschichte. Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. Berlin 42 (1989) 5: 514-524.
- Krauss, Hartmut: „Krise des Marxismus“ oder kritischer Marxismus? HINTERGRUND, Osnabrück 2/1990: 11-20.
- Labica, Georges: Der Marxismus-Leninismus. Elemente einer Kritik. Berlin 1986.
- Lacis, Otto: Zum Problem der Tempi beim sozialistischen Aufbau. Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. Berlin, 41 (1988) 4: 364-377.

- Leltschuk, W., Koschelewa, L.: Die Industrialisierung der UdSSR: Wahl des Kurses. In: Gert Meyer (Hrsg.): Wir brauchen die Wahrheit. Geschichtsdiskussion in der Sowjetunion. Zweite, überarb., erw. Aufl. Köln 1989: 308-319.
- Lenin, W. I. Unser Programm. In: Lenin-Werke, Bd. 4, Berlin 1960: 204-208.
- Lenin, W. I.; VII. Gesamtrussischer Sowjetkongreß, 5.-9. Dezember 1919. In: Lenin-Werke, Bd. 30. Berlin 1961: 193-241.
- Lenin, W. I.: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. In: Lenin. Ausgewählte Werke in sechs Bänden. Band IV, Frankfurt/M. 1971a: 325-371.
- Lenin, W. I.: Über „linke“ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit. In: Lenin. Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Bd. IV, Frankfurt/M. 1971b: 381-414.
- Lenin, W. I.: Brief an den Parteitag. Über die Ausstattung der Staatlichen Plankommission mit gesetzgeberischen Funktionen. Zur Frage der Nationalitäten oder der „Autonomisierung“. In: Lenin. Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Bd. VI, Frankfurt/M. 19710: 637-659.
- Lenin, W. I.: Gedenkrede für J. M. Swerdlow in der außerordentlichen Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, 18. März 1919. In: Lenin-Werke, Bd. 29. Berlin 1976a: 74-79.
- Lenin, W. I.: Antwort auf Fragen eines amerikanischen Journalisten. In: Lenin-Werke, Bd. 29. Berlin 1976b: 507-511.
- Lenin, W. I.: Brief an die amerikanischen Arbeiter. In: Lenin-Werke, Bd. 28. Berlin 1980: 48-62.
- Lenin, W. I.: Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (Thesen). In: Lenin-Werke, Bd. 22, Berlin 1981: 144-159.
- Lenin, W. I.: Über die Naturalsteuer (Die Bedeutung der neuen Politik und ihre Bedingungen). In: Lenin-Werke, Bd. 32, Berlin 1982a: 341-380.
- Lenin, W. I.: Lieber weniger, aber besser. In: Lenin-Werke, Bd. 33, Berlin 1982b: 474-490.
- Lorenz, Richard: Politischer Terror in der UdSSR während der dreißiger Jahre. Das Argument. Westberlin, 21 (1979) 114: 224-233.
- Lukács, Georg: Sozialismus und Demokratisierung. Frankfurt/M. 1987.
- Marx, Karl: Konspekt zu Bakunins Buch „Staatlichkeit und Anarchie“, In: Marx-Engels-Werke, Bd. 18. Berlin 1976: 597-642.
- Marx, Karl, Engels, Friedrich: Ausgewählte Werke in sechs Bänden. Band I: ENGELS, F.: Grundsätze des Kommunismus. Frankfurt/M. 1970: 333-355.
- Merl, Stephan: Die Anfänge der Kollektivierung in der Sowjetunion. Der Übergang zur staatlichen Reglementierung der Produktions- und Marktbeziehungen im Dorf (1928-1930). Wiesbaden 1985.
- Meyer, Gert: Studien zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1921-1923. Die Beziehungen zwischen Stadt und Land zu Beginn der Neuen Ökonomischen Politik. Köln 1974.
- Meyer, Gert: Industrialisierung, Arbeiterklasse und Stalinherrschaft in der UdSSR (II). Das Argument, Berlin 20 (1978) Nr. 107: 42-59.
- Migranjan, Andranik: Individuum, Gesellschaft und Staat in der politischen Theorie des Marxismus. Initial, Berlin, 1 (1990) 1: 39-51 u. 98.
- Plimak, Jewgeni: Anatomie der Willkür. Wurzeln des Stalinismus in der Sowjetunion. Berlin 1990.
- Rjutin, Martemjan Nikititsch: An alle Mitglieder der KPR(B). In: T. Bergmann, M. Keßler (Hg.), Ketzer im Kommunismus – Alternativen zum Stalinismus. Mainz 1993: 155-161.
- Ruckhäberle, Hans-Joachim: Vorstellungen in der frühen sozialen Bewegung Deutschlands von Geschichte, vom gesellschaftlichen Prozeß, von Veränderung, Fortschritt, Umwälzung. In: M. Hahn, H. J. Sandkühler (Hg.), Gesellschaftliche Bewegung und Naturprozeß. Köln 1981: 43-48.
- Saslawskaja, Tatjana: Die Gorbatschow-Strategie. Wirtschafts- und Sozialpolitik in der UdSSR. Wien 1989.
- Schirinja, K. K.: Der Kampf in der Komintern Ende der zwanziger Jahre gegen die „rechte“ Abweichung und seine Folgen. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 32 (1990) 6: 735-746.

- Schneider, Michael: Neurose und Klassenkampf. Materialistische Kritik und Versuch einer emanzipativen Neubegründung der Psychoanalyse. Reinbek bei Hamburg 1973.
- Schneider, Michael: Das Ende eines Jahrhundertmythos. Eine Bilanz des Sozialismus. Köln 1992.
- Schröder, Hans-Henning: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte. Industrialisierung und Parteibürokratie in der Sowjetunion. Ein sozialgeschichtlicher Versuch über die Anfangsphase des Stalinismus (1928-1934). Berlin 1988.
- Stalin, J. W.: Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage. Dt. Ausgabe. Berlin 1955.
- Stalin, J. W.: Über dialektischen und historischen Materialismus. In: J. W. Stalin. Ausgewählte Werke in zwei Bänden. Band 2. Dortmund 1979: 250-285.
- Steigerwald, Robert: Stalin-Kritik als Vorwand. Rezension. Marxistische Blätter, Frankfurt/M., 15 (1977) 2: 115-116.
- Süß, Walter: Die Arbeiterklasse als Maschine. Ein industrie-soziologischer Beitrag zur Sozialgeschichte des aufkommenden Stalinismus. Wiesbaden 1988.
- Thron, Yvonne: Bolschewisierung gleich Stalinisierung? Zur Bolschewisierungskonzeption der Komintern in den Jahren 1924 und 1925. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 5/1990: 579-590.
- Vogt, Annette: Eine bestechende Analyse, eine fundierte Kritik, aber ... – die Tragik des Martemjan Nikititsch Rjutin. In: T. Bergmann, M. Keßler (Hg.), Ketzer im Kommunismus – Alternativen zum Stalinismus. Mainz 1993: 140-154.
- Wassiljew, L. S.: Was ist die „asiatische“ Produktionsweise? Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin, 42 (1989) 2: 158-170.
- Weißburger, Ulrich: Der Beitrag der Landwirtschaft zur Industrialisierung der Sowjetunion 1928-1940. Bemerkungen zu den Untersuchungen von A. A. Barsov. In: Stalinismus. Probleme der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg. hrsg. v. Gernot Erler und Walter Süß. Frankfurt/M., New York 1982: 140-166.
- Wodolasow, Grigori: Das Wesen und die Wurzeln des Stalinismus. Gesellschaftswissenschaften, Moskau, 3/1990: 198 - 223.
- Wolkogonow, Dimitri: Stalin. Triumph und Tragödie. Ein politisches Portrait. Düsseldorf 1989.
- Zak, Christian: Eine kardinale marxistische Illusion und ihr Beitrag zum realsozialistischen Fiasko. INITIAL. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft. Berlin 1(1990): 235-242.

## Über Hartmut Krauss

Hartmut Krauss, Jahrgang 1951 ist Sozial- und Erziehungswissenschaftler. Er lebt und arbeitet in Osnabrück. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Subjektwissenschaft/Tätigkeitstheorie, soziologische Krisentheorie, Theorie sozialer Herrschaft, Allgemeine Religionskritik, die Analyse des Islam als grund- und menschenrechtswidrige Weltanschauung sowie kritische Migrationssoziologie.

### ***Maßgebliche Initiativen und Tätigkeiten von Hartmut Krauss:***

**1986** Referent beim 1. Internationalen Kongress zur Tätigkeitstheorie in Berlin. (Thema des Vortrags: ‚Praktisch-kritische‘ Subjektentwicklung in der Perspektive der Tätigkeitstheorie. Die Bedeutung Leontjews für eine materialistische Theorie der subjektiven Widerspruchsverarbeitung.)

**Seit 1988** Herausgeber und Redakteur der in Osnabrück erscheinenden Zeitschrift *HINTERGRUND* [www.hintergrund-verlag.de](http://www.hintergrund-verlag.de)

**1989 - 2008** Gründung und pädagogische Leitung des Instituts für Spracherziehung und Erwachsenenbildung (ISE)

**1994** Mitinitiator und Gründungsmitglied des Arbeitskreises Kritischer Marxistinnen und Marxisten (AKM), der bis zum Jahre 2001 20 Konferenzen in Berlin durchführte. Hartmut Krauss war wesentlich mitbeteiligt an Herausgabe und Inhalt des AKM-Sammelbandes „Beiträge zur Stalinismuskonzeption“.

**1997** Referent auf der Gründungskonferenz des „Instituts für Kritische Theorie“ e. V. vom 18. bis 20 April, die dem Werk von Antonio Gramsci gewidmet war. (Thema des Vortrags: Gramscis Beitrag zur Grundlage einer subjektwissenschaftlichen Perspektive im Marxismus)

**2000** Referent auf dem wissenschaftlichen Kongress an der Ruhr-Universität Bochum zum Thema „Am Beispiel Leo Koflers. Marxismus und soziale Bewegung im Zwanzigsten Jahrhundert“. (Thema des Vortrags: Dialektische Totalität und kritischer Humanismus. Leo Koflers Beitrag zu einem subjektwissenschaftlich fundierten Marxismus.)

**2008** Initiator der 1. Kritischen Islamkonferenz am 31.5./1.6. in Köln

**2011** Gründungsmitglied und Vorsitzender der Gesellschaft für wissenschaftliche Aufklärung und Menschenrechte (GAM) [www.gam-online.de](http://www.gam-online.de)

### ***Buchveröffentlichungen:***

**Das umkämpfte Subjekt. Widerspruchsverarbeitung im ‚modernen‘ Kapitalismus.**  
Schriftenreihe: ‚Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft‘, hrsg. von Hanna Behrend, Band. 2.  
Berlin 1996.

**Voraussetzungen und Wesenszüge des Stalinismus als gesellschaftliches und ideologisches Phänomen. Eine Skizze.** In: Beiträge zur Stalinismus-Diskussion. Edition Kritischer Marxismus. Studien des Arbeitskreises kritischer Marxismus. Band 1. Berlin 1997, S. 21-62.

**Faschismus und Fundamentalismus. Varianten totalitärer Bewegung im Spannungsfeld zwischen ‚prämoderner‘ Herrschaftskultur und kapitalistischer ‚Moderne‘.** Osnabrück 2003.

**Das Testament des Abbé Meslier. Die Grundschrift der modernen Religionskritik.** (Hrsg.)  
Osnabrück 2005.

**Islam, Islamismus, muslimische Gegengesellschaft. Eine kritische Bestandsaufnahme.**  
Osnabrück 2008.

**Feindbild Islamkritik. Wenn die Grenzen zur Verzerrung und Diffamierung überschritten werden.** (Hrsg.) Osnabrück 2010.

**Der Islam als grund- und menschenrechtswidrige Weltanschauung. Ein analytischer Leitfaden.** Osnabrück 2013.

**Säkulare Demokratie verteidigen und ausbauen.**  
**Grundsatztexte und programmatische Schriften der Gesellschaft für wissenschaftliche Aufklärung und Menschenrechte (GAM e. V.)** (Hrsg.) Osnabrück 2016.

**Die Marxsche Theorie und ihre Bedeutung für eine herrschaftskritisch-emanzipatorische Gesellschafts- und Subjektwissenschaft.** Osnabrück 2018.

Gemeinsam mit Eric Angerer und Ronald Bilik: **Judenfeindlichkeit – Ideologische Wurzeln und gegenwärtige Erscheinungsformen.** Osnabrück 2022.

Darüber hinaus finden sich zahlreiche Aufsätze und Texte in Zeitschriften, Büchern und im Internet.